



Wissenschaftsausschuss

84. Sitzung (öffentlich)

9. März 2022

Düsseldorf – Haus des Landtags

14:00 Uhr bis 16:00 Uhr

16:15 Uhr bis 17:55 Uhr

Vorsitz: Helmut Seifen (AfD)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkt:

23. Weiterbildungskonferenz Nordrhein-Westfalen	3
Thema: Evaluation der Corona-Pandemie auf die Weiterbildungs- landschaft	
– Beratung mit sachverständigen Gästen (s. <i>Anlage</i>)	
Block 1 - Digitalisierung	18
Block 2 - Neue Zielgruppen, Bildungsbedarfe	31
Block 3 - Bildungsgerechtigkeit	36

23. Weiterbildungskonferenz Nordrhein-Westfalen

Thema: Evaluation der Corona-Pandemie auf die Weiterbildungslandschaft

– Beratung mit sachverständigen Gästen (s. Anlage)

Vorsitzender Helmut Seifen: Sehr geehrte Frau Rösener, sehr geehrte Frau Sokolowsky, sehr geehrte Vertreter der Weiterbildungseinrichtungen hier im Saal und an den Bildschirmen, sehr geehrter Herr Staatssekretär Kaiser, sehr geehrte Vertreter der Ministerien, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Nach zweieinhalb Jahren ist es uns endlich gelungen, die dritte Weiterbildungskonferenz in dieser Legislaturperiode durchzuführen. Die einschränkenden Regeln für die Durchführung von Versammlungen auch hier im Parlament im Zusammenhang mit den Bemühungen um eine Eindämmung der Covid 19-Erkrankungen haben die Durchführung einer Weiterbildungskonferenz von 2019 an bis heute verhindert. Umso mehr freuen wir uns, dass wir nun am Ende der Legislaturperiode noch einmal eine Weiterbildungskonferenz durchführen können. Die Beibehaltung zahlreicher Vorsichtsmaßnahmen gegen eine Covid 19-Erkrankung haben zwar die Vorbereitung dieser Konferenz sehr erschwert, aber ich hoffe, dass wir heute bei der Durchführung einen intensiven Austausch erleben und eine erfolgreiche Beratung abschließen können.

Dass dies so möglich ist, haben wir in erster Linie verschiedenen Abteilungen der Landtagsverwaltung und der verantwortlichen Ausschussassistentin Frau Seifert zu verdanken, die unter sehr erschwerten Bedingungen den Veranstaltungsrahmen aufgestellt hat.

Dafür, dass die technische Durchführung heute in dieser Weise möglich ist, danken wir der Technikabteilung. Die Umsetzung bedurfte doch einer größeren Anstrengung, weil das Digitalequipment eines Landesparlaments ein anderes ist als das Equipment von Veranstaltungsunternehmen. Daher noch einmal ein herzlicher Dank an alle Abteilungen von dieser Stelle aus.

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich bin sehr froh, dass wir uns von all diesen Schwierigkeiten nicht haben entmutigen lassen und heute in einer Zeit zusammenkommen, die aufwühlender kaum sein kann. Ja, es mag sogar Stimmen geben, die verlauten lassen, dass in diesen Zeiten andere wichtigere Probleme vorliegen, als dass man sich mit dem Phänomen der Weiterbildung sowie deren Zustand befassen müsse. Wie kann man sich über Bildung und Weiterbildungsorganisation austauschen, wenn die Welt um uns eine ganz andere geworden ist und viele Menschen in Europa in unterschiedlicher Intensität die Bedrohung ihres Lebens, ihrer Existenz und ihres Wohlstands spüren oder befürchten? Es ist aber ein Irrtum, zu glauben, dass die berechtigten Fragen der Bildung und der Bildungsvorgang selbst nur ihre Berechtigung und ihren Platz haben, wenn die Fragen des Überlebens geklärt und der Kampf um die Existenz gewonnen sind. Diese Einstellung vergisst, dass das Bildungsregime mitten in die Überlebensfrage und in den Kampf um die menschliche Existenz hineingestellt ist, denn die Bildung, die wir erfahren haben und die wir weitergeben, formt unsere Sicht von der Welt, vom menschlichen Miteinander, von dem, was wünschenswert und was zu vermeiden ist.

Wir Menschen handeln im Grunde aus dem Bild, das wir uns von der Welt machen. Dieses Bild ist uns unter anderem durch Bildung vermittelt worden. So lebt jeder Mensch mit bestimmten Gewissheiten, die seine Lebensgestaltung formen. Zu der von allen in Deutschland geteilten Gewissheit gehört nach den furchtbaren Erfahrungen des Ersten und des Zweiten Weltkriegs selbstverständlich das Axiom, dass von deutschem Boden nie wieder Krieg ausgehen darf. In der Folge davon und der Ereignisse wie der Wiedervereinigung und des Falls des Eisernen Vorhangs leitet sich aus dieser Gewissheit unter anderem auch ab, dass Deutschland kein besonderes Augenmerk mehr auf seine Verteidigungsfähigkeit legen müsse. Über Nacht hat sich diese Gewissheit durch den brutalen Gewaltakt eines Autokraten verflüchtigt.

Sofort hat die Bundesregierung den Kurs der letzten 30 Jahre im Bereich der Verteidigungsbereitschaft um 180 Grad gewendet. Dieser Fall soll nur beispielhaft zeigen, wie fest gefügte Gewissheiten sich über Nacht in Nichts auflösen können. Wir wissen nicht, welche unserer aktuellen Gewissheiten sich in Zukunft überlebt haben werden. Sind es unsere heutigen Vorstellungen über unsere Energiewirtschaft und unsere Energieträger? Ist es der heutige Skeptizismus gegenüber unserer deutschen Nation und Kultur? Sind es die vorherrschenden Vorstellungen über Bildungssysteme und Unterrichtsformen? Fest steht nur, dass wir Menschen immer in besonderer Weise erschüttert sind, wenn unser Weltbild so radikal in Frage gestellt wird, wie wir es jetzt beispielhaft hinsichtlich der Selbstverteidigungsbereitschaft unseres Landes erleben.

Von Benjamin Franklin soll der Satz stammen: „Eine der größten Tragödien im Leben ist der Mord an einer schönen Theorie durch eine Bande von brutalen Fakten.“

Unser Wunschtraum, Frieden ohne Waffen schaffen zu können, geboren aus der verständlichen Sehnsucht nach Frieden, ist durch brutale Fakten, nämlich den brutalen Überfall auf die Ukraine, zerborsten. Das Erleben solcher Tragödien kann eine Gesellschaft in einen Schockzustand versetzen und ihre Handlungsfähigkeit lähmen. Deshalb haben alle Gesellschaften dafür gesorgt, sich vor solchen Erkenntnistragödien zu schützen und die Menschen ihres Gemeinwesens darauf vorzubereiten, dass Gewissheiten nur für eine vorübergehende Zeit Geltung haben.

Bei der Vermittlung dieser Erkenntnisse nehmen die Bildungseinrichtungen eines Gemeinwesens eine zentrale Rolle ein. Sie haben die Aufgabe, dafür zu sorgen, dass Gesellschaften alle wichtigen Aspekte der Wirklichkeit zulassen, dass sie wegen der Dominanz einer bestimmten Weltsicht andere Weltsichten nicht unterdrücken, sondern sich diesen ebenso öffnen; denn im Fall einer eingeschränkten Weltsicht und einer beschränkten Erkenntnismöglichkeit verzichtet eine Gesellschaft auf Entwicklungspotenziale und bleibt rückständig. Historisch gesehen ist das Scheitern von Gesellschaften aufgrund ihrer inneren Beschränktheit eher die Regel als die Ausnahme. Die prägende Kraft vorherrschender Meinungen verhindert häufig, dass wichtige Fragen in ihrer ganzen Breite wahrgenommen und deshalb auch in der Breite analysiert und beantwortet werden. Damit aber fehlt ideologisch verkrusteten Gesellschaften das notwendige Rüstzeug, sich auf alle Eventualitäten der Wirklichkeit einzustellen.

Genau diese Aufgabe, wichtige Fragen in ihrer ganzen Breite wahrzunehmen, müssen alle Bildungsinstitute, Schulen, Universitäten, Weiterbildungseinrichtungen zu ihrem ureigensten Ziel erklären. Sie dürfen nicht zu Bannerträgern politischer Propaganda

werden und nicht die allzu menschlichen Verhaltensweisen unterstützen oder gar verstärken. Sie dürfen nicht die Realitäten leugnen, um eigene lieb gewordene Bilder von Welt und Wirklichkeit um jeden Preis zu bewahren. Als Stätten der Nachdenklichkeit, der geistigen Durchdringung von Sachverhalten, als Stätten des Zweifelns, der geistigen Auseinandersetzung und des Gedankenstreites müssen sie der Raum sein, wo um den richtigen Weg und die Wahrheit gerungen wird. Dann handeln alle Lehrkräfte, Kursleiter und Teilnehmer im Geiste Lessings, der in seinen „Theologischen Streit-schriften“ ausführt:

Wenn Gott in seiner Rechten alle Wahrheit und in seiner Linken den einzigen immer regen Trieb nach Wahrheit, obschon mit dem Zusatze, mich immer und ewig zu irren, verschlossen hielte, und spräche zu mir: Wähle! Ich fiele ihm mit Demut in seine Linke, und sagte: Vater gib! Die reine Wahrheit ist ja doch nur für dich allein!

So wünsche ich Ihnen heute diesen Lessing'schen Trieb zur Wahrheit bei Ihren Beratungen und auch in Ihrer wertvollen Arbeit in den Weiterbildungseinrichtungen, denn den Weiterbildungseinrichtungen kommt bei diesem Prozess der Überprüfung von Gewissheiten eine besondere Bedeutung zu, weil sie auch die Menschen erreichen, die bereits vielfach von Ihrem Alltag in Beschlag genommen worden sind und abseits davon die Gelegenheit brauchen, sich mit anscheinend ewigen Gewissheiten wieder neu auseinanderzusetzen.

Die heutigen Themen bieten genügend Gelegenheit, um einen richtigen Weg zu ringen. Und hiermit eröffne ich die 23. Weiterbildungskonferenz und wünsche ihr einen guten Verlauf. Vielen Dank.

Jetzt hat Herr Staatssekretär Kaiser das Wort.

PStS Klaus Kaiser (MKW): Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Weiterbildung! Zunächst möchte ich eingangs dem Vorbereitungskomitee, den weiterbildungspolitischen Sprecherinnen und Sprechern der Fraktionen, aber auch den Sprecherinnen des Gesprächskreises, Frau Sokolowsky und Frau Rösener, herzlich für die Vorbereitung dieser 23. Weiterbildungskonferenz danken. Auch die Kolleginnen und Kollegen aus dem Landtag von Nordrhein-Westfalen Sigrid Beer, Lorenz Deutsch und Jens Kamieth sind persönlich anwesend. Gabi Hammelrath und Raphael Tigges sind online zugeschaltet. Versuchen wir einmal diese neue Form. Wichtig ist, dass wir über die weiterbildungspolitischen Fragen diskutieren können.

Das Thema der Weiterbildungskonferenz ist eigentlich der Lockdown. Persönlich muss ich jedoch sagen: Ich habe mir in meinem Leben nicht mehr vorstellen können, dass mitten in Europa, zwei Stunden von uns entfernt, ein Krieg stattfindet, der große Verunsicherung auslöst und vor allem viel, viel Leid mit sich bringt. Dass jetzt junge Mütter und Kinder mit voller Absicht erschossen werden, hätte meine Phantasie vor einiger Zeit weit gesprengt. Heute Morgen hatten wir im Landtag eine Sondersitzung zu diesem Thema. Ich glaube auch, es ist angemessen, dass wir sagen: Da müssen wir zusammenstehen.

Ich möchte mich an dieser Stelle aber auch ganz herzlich bei Frau Sokolowsky bedanken, die für den Landesverband der Volkshochschulen sofort gesagt hat, dass die Weiterbildung in Nordrhein-Westfalen an der Seite der Geflüchteten, derjenigen, die flüchten müssen und bei uns im Land sind, steht, dass sie hier willkommen sind und dass ihnen in jeder Hinsicht Unterstützung gegeben werden muss. Dafür, dass die Weiterbildung in Nordrhein-Westfalen gesagt hat, wir sind dabei, ganz, ganz herzlichen Dank.

Ich glaube, dass wir das auch im Namen der anderen Fraktion sagen dürfen. Ich halte das für ganz, ganz wichtig.

Die heutige hybride Form der Konferenz ist auch Folge der Corona-Krise, einer Krise, von der wir alle die Hoffnung hatten, dass sie überwunden ist und dass wir uns ein bisschen fröhlicher in den Frühling bewegen können. Diese Krise hat uns gelehrt, dass wir neue Formate ausprobieren müssen. Das hybride Format hat uns gezeigt, dass wir mit digitalen Medien anders umgehen und sie einbeziehen können. Das macht uns insgesamt deutlich, dass wir dabei nach vorne gerichtet sind und uns weiter entwickeln können.

Vor allem auch junge Erwachsene, die einen nachträglichen Schulabschluss auf dem zweiten Bildungsweg anstreben, konnten frühzeitig ihre Kurse fortsetzen, und – auch dafür gebührt ein Dank seitens der Gesellschaft an die Weiterbildungseinrichtungen – der zweite Bildungsweg hat seine Arbeit so früh wie möglich wieder aufgenommen, dass die Chancen auf einen Aufstieg durch Bildung weiter realisiert werden können. Das ist, glaube ich, sehr gut. Auch dafür vielen Dank.

Wenn man jetzt die Situation betrachtet, ist es sicherlich richtig, auf die Reform des Weiterbildungsgesetzes zurückzublicken, aber auch darauf hinzuweisen, dass Weiterbildung auch politische Bildung ist. Wenn eine Demokratie scheitert, weil sich zu wenige Demokratinnen und Demokraten engagieren, dann ist es wichtig – so verstehen wir auch Weiterbildung in Nordrhein-Westfalen –, dass wir uns alle stark machen für die Demokratie und uns dafür einsetzen. Dazu leistet die gemeinwohlorientierte Weiterbildung einen starken Beitrag, und ich glaube, dass sie, wie der ehemalige Bundespräsident Joachim Gauck einmal gesagt hat, Werkstätten der Demokratie sind. Das gilt insbesondere für die Volkshochschulen, aber auch für die gesamte gemeinwohlorientierte Weiterbildung. Daraus wird deutlich, dass politische Bildung und die Stärkung der politischen Bildung, wie wir sie mit der Reform des Weiterbildungsgesetzes auch angegangen sind, unbedingt Platz greifen mussten. Wichtig ist, dass durch Bildung Aufstieg ermöglicht wird, dass er aber auch bezahlbar, ortsnah und erschwinglich ist. Auch dadurch leisten die Weiterbildungslandschaft und das Weiterbildungsgesetz einen Beitrag zur Verbesserung der Chancengleichheit und Chancengerechtigkeit.

Was musste in Covid-Zeiten gemacht werden? – Das waren die sehr flexible Weiterbildungslandschaft und das Engagement von Ihnen allen, wofür wir uns bei Ihnen sehr herzlich bedanken. Sie haben gesagt, wir wollen nicht jammern, wir wollen weitermachen. Seitens der Landesregierung und seitens des Parlaments konnten wir nur sagen, wir versuchen die Schwierigkeiten abzumildern. Mit dem Notfonds Weiterbildung haben wir 35 Millionen bereitgestellt. Wir haben einen Rettungsschirm gespannt, damit die Weiterbildungseinrichtungen in Nordrhein-Westfalen nicht vor die Hunde gehen mussten, sondern dass sie Bestand haben und hoffnungsfroh in die Zukunft sehen

konnten. Das war uns ein Anliegen. Die Weiterbildungskonferenz ist auch ein Zeichen dafür, dass wir in einem engen Austausch zwischen dem Parlament, den politisch Handelnden, der Landesregierung und den Weiterbildungseinrichtungen stehen. Je näher wir zusammen sind, desto mehr können wir dafür sorgen, dass diese starke Struktur auch auf Dauer bestehen kann und dass wir damit auch in schwierigen Zeiten handeln können. Das ist etwas, worauf wir alle miteinander stolz sein dürfen.

Wir werden das bis Ende März fortführen. Darüber, was sich dann im Weiteren ergibt, bleiben wir im Dialog. Wir werden das im Laufe des Nachmittags sicherlich noch einmal vertiefen. Ich sage aber von unserer Seite ausdrücklich zu, dass wir weiterhin offenen Ohren haben und dass wir es weiterbringen.

Was war im letzten Jahr erfreulich? – Die Verabschiedung des Weiterbildungsgesetzes, das von vier Fraktionen, vom Bündnis 90/Die Grünen, von der FDP, der SPD und der CDU eingebracht wurde. Dieses Gesetz wurde am 30. Juni 2021 einstimmig verabschiedet. An dieser Stelle einen ganz herzlichen Dank an Sigrid Beer, Lorenz Deutsch und Gabi Hammelrath, an Stefan Nacke, der sich inzwischen nach Berlin begeben hat, und Jens Kamieth, der auf CDU-Seite das Thema weiterverfolgen wird. Herzlichen Dank an alle, die dabei waren, für diese vertrauensvolle Arbeit. Herzlichen Dank aber auch an alle, die seitens der Weiterbildungseinrichtungen uns wichtige Rückmeldungen und Hinweise gegeben haben. Damit konnten wir ein Weiterbildungsgesetz verabschieden, von dem wir sagen können, dass es bundesweit führend ist und uns für die Zukunft einige Möglichkeiten eröffnen wird. Manchmal ist es sinnvoll, sich ein bisschen Zeit zu nehmen, partizipativ und kontinuierlich vorzugehen und zu versuchen, Konsense herzustellen. Da bleiben manchmal vielleicht einige Spezialitäten außen vor. Insgesamt glaube ich aber, dass wir mit diesem Gesetz zukunftssicher aufgestellt sind und dass die Weiterbildungslandschaft in Nordrhein-Westfalen nach vorne gehen kann.

Wenn Sie heute darüber sprechen wollen, wie die Auswirkungen dieses Gesetzes bis zum Jahr 2026 sein werden, brauchen Sie schon ein paar prognostische Fähigkeiten. Ich meine, der Weg dahin wird spannend sein, weil wir neue Instrumente eingeführt haben, und diese neuen Instrumente müssen natürlich auch zum Tragen kommen. Wir haben im Moment noch viele Fragen insbesondere zum Detail vorliegen. Wichtig ist, dass wir die Weiterbildungslandschaft in Nordrhein-Westfalen mit mehr Geld ausstatten, weil wir wollen, dass sie stabil bleibt. Seit das neue Weiterbildungsgesetz zum 01.01.2022 in Kraft getreten ist, treten hie und da immer noch verschiedene Fragen auf, die Nervosität auslösen. Wichtig ist, dass man sich nicht ärgert, sondern dass wir darüber Bescheid wissen und dann versuchen, Klarheit zu schaffen. Professor Baumgarten, der die zuständige Abteilung im Ministerium für Kultur und Wissenschaften leitet, nimmt auch solche Hinweise gerne auf, die auch vom zuständigen Referat unter der Leitung von Frau Maschner und Frau Eule aufgenommen und berücksichtigt werden. Wir sind sicherlich dabei, wenn es irgendwo noch hakt. Wir wollen keine Unsicherheit ausstrahlen, sondern Sicherheit für die Weiterbildungsträger gewährleisten. Eine Stärke bei uns in Nordrhein-Westfalen ist eine so gut ausgebaute und vielfältige Weiterbildungslandschaft. Das ist, glaube ich, ganz wichtig.

Wie entwickelt sich der Bedarf? – Dazu gibt es den Adult Education Survey, der 2020 aufgestellt worden ist, mit dem nachgewiesen worden ist, dass sich rund 60 % der 18- bis 64-Jährigen mindestens einmal im Jahr weitergebildet haben. Das heißt, Weiterbildung wird stärker nachgefragt. Der Bedarf wird steigen. Aber auch die Art der Nachfrage wird sich ändern. Eines zeigt sich auch: In Krisenzeiten geht der Weiterbildungsbedarf nicht zurück. Die Nachfragen werden vielleicht im digitalen Bereich spezifischer. Eine der ganz großen Folgen der Krise werden sein, dass wir die sozialen Folgen von Corona und auch die sozialen Folgen dieses Krieges in Angeboten der Weiterbildungslandschaft in Nordrhein-Westfalen aufarbeiten werden wollen und auch müssen. Die Vielfalt der Angebote, die im neuen Weiterbildungsgesetz dargestellt wird, müssen wir aufnehmen und daraus neue Angebote entwickeln. Das ist ganz wichtig und dient der weiteren Stärkung der pluralen Weiterbildungslandschaft in Nordrhein-Westfalen.

Was waren die fünf Punkte, die wir aufgegriffen haben? – Wir haben einmal das hauptamtliche pädagogische Personal gestärkt. Wir haben zweitens neue Steuerungselemente in das neue Weiterbildungsgesetz aufgenommen, nämlich den Innovationsfonds und die Entwicklungspauschale und diesen Aufwuchs auch in der mittelfristigen Finanzplanung hinterlegt. Damit haben die Einrichtungen Zeit, sich auf eine erhöhte Nachfrage, einen erhöhten Informationsbedarf und einen erhöhten Beratungsbedarf vorzubereiten.

Wir haben drittens den zweiten Bildungsweg weiter gestärkt. Das heißt, auch da können wir mit flächendeckenden Überlegungen weiter vorangehen. Da gibt es Wachstumsmöglichkeiten nach oben. Und wir haben in der kulturellen Bildung auch neue Fachbereiche, also neue Angebote, die förderfähig sind, möglich gemacht.

Auch die Digitalisierung war bei der letzten Weiterbildungskonferenz schon ein Thema. Wenn ich aber sehe, was sich in den letzten viereinhalb Jahren dieser Legislaturperiode in den einzelnen Einrichtungen entwickelt hat, stelle ich fest, dass das schon ein gigantischer Sprung nach vorne ist, mit dem man sehr zufrieden sein kann. Ich glaube, wir alle sind damit auf dem richtigen Weg.

Wenn wir den Praxistest machen und 2026 dann zurückblicken wollen, müssen wir sehen, wie die Instrumente laufen und ob im Einzelnen korrigiert werden muss. Wir müssen einfach einmal etwas ausprobieren und kreativ und mutig sein. Wir haben diese Freiräume bewusst in das Gesetz eingebaut. Wir wollen damit die Innovationsbereitschaft und die Innovationsfähigkeit der Weiterbildungseinrichtungen in Nordrhein-Westfalen unterstützen. Dafür schaffen wir einige Freiräume. Wenn wir Freiräume schaffen, ist noch nicht jedes Detail geregelt. Das ist gut und schlecht zugleich. Auf alles, was ganz fein geregelt ist, kann man sich tausendprozentig verlassen, aber es hat den Nachteil, dass mehr nicht geht. Deshalb haben wir einige Angebote frei gelassen, um etwas ausprobieren zu können. Dazu möchte ich Sie herzlich einladen. Ich persönlich sage, man soll auch einmal etwas ausprobieren, was scheitert. Aus Fehlern oder gescheiterten Maßnahmen kann man auch lernen. Wichtig ist, dass wir dafür Foren wie die Weiterbildungskonferenz haben.

Ich glaube, dass wir uns bis 2026 gut weiterentwickeln werden. Wir müssen die Dynamisierung in der mittelfristigen Finanzplanung berücksichtigen. Da bin ich optimistisch, dass uns das gelingen wird. Wir müssen beim zweiten Bildungsweg weiter in die Breite

gehen. Ich bin sehr zuversichtlich, dass das auch geschieht. In der Grundbildung und der Alphabetisierung, die wir auch wissenschaftlich begleiten lassen, haben wir eine zusätzliche Aufgabenstellung. Das gilt auch für die politische Bildung, bei der es um den sozialen Kit in unserer Gesellschaft geht. Persönlich glaube ich auch – das wurde mehrfach angesprochen –, wir können darauf stolz sein, dass wir in Nordrhein-Westfalen eine reiche Landschaft von Bildungshäusern haben, die aber auch in die Jahre gekommen sind und bei denen wir Investitionsstaus haben. Das werden wir uns in der nächsten Legislaturperiode sicherlich noch genauer ansehen müssen.

Ich glaube, dass gerade vor dem Hintergrund dessen, was momentan läuft, das Zusammensein von Menschen bei Wochenendveranstaltungen oder Bildungsurlaubsveranstaltungen uns weiterbringt. Legen Sie daher einmal richtig los. Ich drücke Ihnen die Daumen, dass Sie mit den neuen Instrumenten gut klarkommen. Ich wünsche Ihnen viel Freude bei der Arbeit. Probieren Sie etwas aus. Wir alle haben den Auftrag und die Ambition, dass wir Aufstieg durch Bildung und Teilhabe an einem lebensbegleitenden Lernen ermöglichen. Ich bin sehr zuversichtlich, dass wir in Nordrhein-Westfalen gut aufgestellt sind, was aber nicht heißt, dass wir über einzelne Fragestellungen sehr differenziert diskutieren müssen. Ich danke Ihnen ganz herzlich fürs Zuhören.

Celia Sokolowsky (Landesverband der Volkshochschulen von NRW e. V.): Sehr geehrter Herr Vorsitzender Seifen, sehr geehrte Ausschussmitglieder und Mitglieder des Landtags, lieber Herr Staatssekretär Klaus Kaiser, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen aus der Weiterbildungslandschaft in Nordrhein-Westfalen! Das dritte Corona-Pandemie-Jahr hat mit immer noch weitreichenden Auswirkungen auf unser Zusammenleben, unseren Alltag und unser professionelles Wirken begonnen. Wir merken es auch hier bei der Weiterbildungskonferenz, die unter Einschränkungen stattfindet. Immerhin findet sie aber statt. Viele sind nicht persönlich anwesend wie bei vorherigen Weiterbildungskonferenzen. Sie sind aber über den Livestream zugeschaltet und verfolgen diese Sitzung.

Für mich persönlich muss ich sagen: Ich bin seit eineinhalb Jahren hier in Düsseldorf. Für mich ist es die erste große Veranstaltung, bei der ich viele Menschen nicht auf Kacheln sehe. In dieser Menge der Akteure der Weiterbildungslandschaft sehe ich die Menschen zum ersten Mal live vor Ort und in Präsenz. Das tut gut. Gleichzeitig ist es aber doch nur ein kleiner Ausschnitt der Akteure der Weiterbildungslandschaft, die wir in Nordrhein-Westfalen haben und die hier in diesem Raum anwesend sind. Mehr sind aber noch im Livestream dabei.

Wir sind froh, dass die Weiterbildungskonferenz heute wieder in diesem Format stattfindet, weil die gemeinwohlorientierte Weiterbildung in Nordrhein-Westfalen sehr bedeutsam ist. Wir hoffen alle sehr darauf, dass wir die Einschränkungen bald im Rückspiegel betrachten, in einer neuen Normalität unsere Zusammenarbeit fortsetzen und auf die Pandemie irgendwann als eine interessante Erfahrung, die uns an manchen Stellen sehr beeinträchtigt, aber auch weitergebracht hat, zurückblicken können. Die Pandemie wirft ein Schlaglicht auf verschiedene zentrale gesellschaftliche Entwicklungen und Fragestellungen. Sie hat vorhandene Tendenzen verstärkt und ihnen eine stärkere Dynamik verliehen. Das gilt für viele Fragen unseres gesellschaftlichen

Zusammenlebens, aber auch für Fragen der Weiterbildung, auf die wir heute gemeinsam blicken möchten.

Besonders eingehen möchte ich auf die Digitalisierung, die in ihrer Entwicklung beschleunigt worden und in einer ganz neuen Form wahrnehmbar geworden ist. Vielen Menschen wurde in der Pandemie schlagartig vor Augen geführt, dass Digital- und Medienkompetenzen untrennbar mit Teilhabe am gesellschaftlichen Leben verbunden sind. Sowohl im beruflichen als auch im privaten Kontext mussten wir eine steile Lernkurve hinlegen, um Teilhabe und gesellschaftliches Zusammenleben mit digitalen Instrumenten zu ermöglichen und für uns weiter aufrechtzuerhalten. Bei der Vermittlung von Digital- und Medienkompetenzen konnten sich die Menschen in Nordrhein-Westfalen, aber auch das Land – Klaus Kaiser hat es eben betont – auf die starke und vielfältige Akteurslandschaft der gemeinwohlorientierten Weiterbildung in Nordrhein-Westfalen verlassen. Die Weiterbildung in unserem Land war in der Lage, digitale Formate erfolgreich zu entwickeln und einzusetzen. Dabei haben viele Einrichtungen auf bereits vorhandene Konzepte und Kompetenzen bereits zurückgegriffen und diese ausgebaut; und sie haben sich selbst als lernende Organisationen in kürzester Zeit an die Ausnahmesituation der Pandemie angepasst. Insbesondere die drastischen Lockdowns am Anfang erzwangen den umfangreichen Einsatz der Digitaltechnik. Was vorher schon angelegt und von einigen auch schon erprobt war, was aber doch auf Einzelformate beschränkt war und oftmals skeptisch beäugt wurde, war plötzlich neuer Standard. Zehntausende Bildungsplanende und Kursleitende sowie hunderttausende Teilnehmerinnen und Teilnehmer machten massiv Erfahrung mit Onlineveranstaltungen und plattformgestützten Kursen.

Dabei war auch festzustellen, wie sich digitale Kurse von der Präsenzveranstaltung vor Ort unterscheiden, was ihre Stärken und Schwächen sind, wie die verschiedenen Formate vielleicht noch verbessert werden müssen und wie didaktische Konzepte weiterentwickelt werden müssen. Die pädagogische Praxis ist aber nicht allein von der Digitalisierung betroffen. Die Digitalisierung durchdringt alle Bereiche und stellt die Weiterbildung wie alles andere auch vor die Aufgabe eines umfassenden Organisationsentwicklungsprozesses. Sie verändert unsere Arbeitsorganisation und unsere Werkzeuge. Sie verändert die Bewerbung der Angebote und die Öffentlichkeitsarbeit und auch die Möglichkeiten des kollegialen und des fachlichen Austausches. Sie verändert aber auch die Gewohnheiten und Erwartungen der Menschen, an die sich die Angebote richten und die wir erreichen wollen. Die Digitalisierung verändert nicht nur die Formate, sondern auch die Inhalte von Weiterbildungsangeboten und erweitert das Spektrum des Bildungsbedarfs und des Bildungsangebots. Dabei geht es nicht nur um Wissen und die technische Handhabe von Tools, sondern auch um die Vermittlung zentraler Kompetenzen wie zum Beispiel Digitalkompetenzen, aber auch Datenkompetenzen, Informations- und Nachrichtenkompetenzen und eine ganze Palette an Problemlösungskompetenzen.

Nicht weniger wichtig ist auch die kritische Reflexion des Digitalisierungsprozesses und seiner Gestaltung. Die ethischen Fragen von Big Data und KI müssen Thema der Erwachsenenbildung sein, um die in vielerlei Hinsicht betroffene Bevölkerung mit Gestaltungswissen und Handlungsoptionen auszustatten. Die Digitalisierung darf nämlich nicht den Tech-Konzernen überlassen werden. Kontrolle kann aber nur ausüben, wer

die grundsätzliche Funktionsweise, die Bedingungen, die Ziele, die Risiken und die Chancen von Big Data und Data-Mining versteht und auf verschiedene Kontexte und Einsatzszenarien übertragen kann. Diese kritischen Kompetenzen müssen wir uns auch als Bildungsplanende aneignen, denn auch dem Bildungssektor steht eine Entwicklung bevor, wonach Lernangebote auf der Basis von Big Data optimiert werden können. Das sind Potenziale, die wir nutzen müssen, aber klug und auf der Basis unserer Grundwerte, nämlich demokratisch eine bedarfsgerechte Bildung für alle anzubieten.

Die Digitalisierung lässt uns hoffentlich im Gegensatz zur Pandemie nicht mehr los. Sie durchdringt und beeinflusst alle Bereiche unseres Lebens und Zusammenlebens. Sie macht damit lebenslanges Lernen unverhandelbar. Sie verlangt, die Weiterbildung kontinuierlich auszubauen, sie in ihrer Rolle als Vermittlerin von Handlungs- und Gestaltungskompetenz und als wichtiges Element des demokratischen Lebens in unserem Land kontinuierlich zu stärken. Auch wenn die Pandemie morgen vorbei wäre, bleiben die digitalen Weiterbildungsangebote in der Welt, und die werden nicht mehr gehen. Die bleiben da. Die gemeinwohlorientierte Weiterbildung hat immer und sehr zurecht betont, wie wichtig die Präsenz, der Dialog und die Begegnung vor Ort flächendeckend in ganz Nordrhein-Westfalen sind und wie man dadurch den Bedürfnissen der Menschen in ihren spezifischen Lebensumständen in der Eifel, im Ruhrgebiet oder im Lippischen gerecht wird.

Nun wird es aber für die gemeinwohlorientierte Weiterbildung darauf ankommen, das Beste aus den zwei Welten, aus der digitalen Welt und dem Wirken vor Ort, zum Tragen zu bringen. Das heißt, die Weiterbildung muss so klug gestaltet werden, um in bewährten und innovativen Formaten alte und neue Zielgruppen zu erreichen und den sich wandelnden Erwartungen und Gewohnheiten der potenziellen Teilnehmer gerecht zu werden. Dafür brauchen wir attraktive Räume vor Ort und einen digitalen Raum. Und wir brauchen Bildungsplanende und Lehrkräfte, die vom didaktischen Standpunkt aus online vor Ort und hybrid denken und handeln können. Die Teilnehmenden von morgen wachsen bereits heute in einer Welt auf, in der sie zwischen digital und analog nicht mehr unterscheiden. Diese Realität müssen wir auf allen Ebenen als Aufgabe und Herausforderung annehmen und damit arbeiten.

Wir alle haben durch die Pandemie eine Lernkurve durchlaufen und kollektiv die Potenziale und Grenzen der Digitalisierung praktisch erfahren. Nach zwei Jahren Pandemie sind heute digitale Formate eine alltägliche Selbstverständlichkeit. Der kollektiv erfahrene Digitalisierungsschub ist zugleich eine wichtige Basis für alle Debatten und notwendigen Prozesse. Digitalisierung ist heute nicht mehr ein unscharfer und nebulöser Begriff, sondern wir alle haben eine sehr praktische Vorstellung davon, was Digitalisierung ist und wie sie unser Leben und das Lernen nachhaltig verändert. Auch die Politik hat in ihrer eigenen praktischen Arbeit erfahren, wie die Digitalisierung die Arbeit verändert hat und welche konkreten Anstrengungen zum Beispiel in Fragen der digitalen Infrastruktur unternommen werden müssen. Diese Anstrengungen musste auch die Weiterbildungslandschaft unternehmen. Die finanziellen Spielräume dafür sind allerdings – das erlauben Sie mir zu sagen – sehr eng, um nicht zu sagen, völlig unzureichend, wenn spätestens ab heute beides gilt, dass die Volkshochschule und jede Weiterbildungseinrichtung vor Ort und im Netz ansprechende Bildung für alle

anbieten, eine Bildung, die es allen Interessierten möglich macht, Wissen und Fertigkeiten zu erweitern und sich neue Chancen für das eigene Leben zu erschließen.

Freiräume für Experimente, um sich diesem Ideal anzunähern, hat die gemeinwohlorientierte Weiterbildung mit dem neuen Weiterbildungsgesetz erhalten. Dafür danken wir Ihnen, dem Ausschuss und dem Parlament, sehr. Neue Förderinstrumente wie die Entwicklungspauschale, die Innovationsmittel oder die Mittel für regionale Bildungslandschaften sollen ebenso wie die angestrebte Entbürokratisierung der Mittelverwaltung – Stichwort: Wegfall der Mindestteilnehmerzahl oder die Anerkennung der digital erbrachten Angebote – Rahmenbedingungen und Freiheiten schaffen, unter denen die Volkshochschulen und alle Weiterbildungseinrichtungen sich bedarfsgerecht weiterentwickeln können. Sie sollen keine Angst mehr davor haben, dass jede Fehleinschätzung oder jeder Irrweg in der Angebotsplanung böse Folgen für die gesamte Einrichtung und ihr Programm hat.

Wir sehen, dass sich Nordrhein-Westfalen damit in guter Tradition an die Spitze der Bundesländer setzt, da man hier nicht nur die Bedeutung der gemeinwohlorientierten Weiterbildung erkannt hat, sondern auch versteht, dass der unter anderem mit der Digitalisierung verknüpfte gesellschaftliche Wandel einer Weiterentwicklung der Weiterbildung und ihrer Angebote bedarf. Erforderlich ist eine agilere, experimentierfreudige und innovationsfreudige Weiterbildung, die selbst zu Veränderungen bereit und in der Lage ist, die aktive Gestaltung von gesellschaftlicher Veränderung zu begleiten. Mit der Novellierung des Weiterbildungsgesetzes hat der Landtag die Weichen dafür gut gestellt. Die Einrichtungen und die Landesorganisationen werden die neuen Chancen und Freiheiten verantwortungsvoll zu nutzen wissen, um die Weiterbildung in Nordrhein-Westfalen zukunftsfähig aufzustellen.

Unterstreichen möchte ich auch das große eigene Interesse der Weiterbildungslandschaft an der Evaluierung des novellierten Gesetzes, zu der die zukünftige Regierung im Zuge der Verabschiedung des Gesetzes am 30.06.2021 aufgefordert wurde. Ich will aber jetzt schon offen sagen, dass wir große Zweifel haben, ob zum Beispiel die Form der Projektförderung immer angemessen ist. Für die Weiterbildungseinrichtungen ist es sehr schwierig, Innovationsprozesse qualitativ zu verstetigen, wenn diese immer nur temporär über Projekte abgesichert sind. Hier wird sicherlich eine Evaluation helfen, zu ergründen, inwiefern Innovationen damit nachhaltig gestützt werden können. Kritisch sind besonders Projektmittel, die für Arbeitsfelder, welche als Kernaufgabe der Weiterbildung gelten, jährlich neu vergeben werden. Beispiele dafür sind der Aufbau von regionalen Bildungsnetzwerken und Bildungsberatung. Solche Aufgaben brauchen ein Mindestmaß an Planungssicherheit und sind mit einer jährlich zu beantragenden Förderung nicht angemessen bedient.

Wir alle wollen jetzt das neue Weiterbildungsgesetz zum Laufen bringen. Erste Schritte sind immer von einer gewissen Unsicherheit und Stolperschritten geprägt. Auch wenn es jetzt viele Fragen und Klärungsbedarf gibt – Herr Kaiser sprach es eben schon an –, werden wir die Umsetzung des neuen Weiterbildungsgesetzes in den ersten Wochen nach Inkrafttreten begleiten. Frisch in Erinnerung ist uns allen der politische Wille, der hinter dieser Novellierung steht. Das Gesetz soll entbürokratisieren, es soll Freiräume

schaffen und soll Innovation ermöglichen und die Weiterbildung für ihre wachsenden gesellschaftlichen Aufgaben gut aufstellen.

Wir, der Gesprächskreis, tragen dafür Sorge, dass dieser politische Wille in den einzelnen Weiterbildungseinrichtungen verstanden und gelebt wird. Das Ministerium – dessen bin ich mir sicher – wird diesen politischen Willen in die Administration tragen. Die Landespolitik will – darüber freuen wir uns – diesen Prozess noch weiter begleiten und die Umsetzung ihres Vorhabens sowie die Wirkung der Instrumente und der Mittel überprüfen.

Bekräftigt wurde mit der Novellierung auch der Prozess zur Verbesserung der Finanzierung der gemeinwohlorientierten Weiterbildung, und dies insbesondere auch durch die Dynamisierung der Personalförderung. Auch wenn der Weg noch weit ist, um die strukturelle Unterfinanzierung dieses Bildungsbereichs aufzuheben, und die Dynamisierung noch nicht ins Gesetz, sondern nur in die mittelfristige Finanzplanung aufgenommen worden ist, danken wir doch sehr für diesen Schritt und das Signal, das davon ausgeht. Wir, der Gesprächskreis, beteiligen uns gerne daran, das neue Weiterbildungsgesetz zum Laufen zu bringen und seine weitere Entwicklung zu begleiten. In diesem Sinne freuen wir uns über die Gelegenheit, heute mit Ihnen in diesem Rahmen über zentrale Fragen und die aktuelle Entwicklung der gemeinwohlorientierten Weiterbildung zu diskutieren.

Vielen Dank. Ich übergebe jetzt an meine liebe Kollegin Antje Rösener.

Antje Rösener (Ev. Erwachsenenbildungswerk Westfalen und Lippe e. V.): Sehr geehrter Herr Vorsitzender, liebe Mitglieder des Ausschusses und des Landtags, sehr geehrter Herr Staatssekretär, Herr Baumgarten, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wo stehen wir heute in der Weiterbildung und wo wollen wir in fünf Jahren sein? – Corona hat Menschen in der Arbeit, in den Bildungsbemühungen und in der Freizeitgestaltung vereinzelt. Zeitweilig waren alle öffentlichen Orte geschlossen. Spaziergänge mit der Familie und dem vielleicht neu erworbenen Hund gehörten zu den Highlights unserer Tage. Schon im letzten Sommer haben wir, die Geschäftsführer der Weiterbildungseinrichtungen, mit den bildungspolitischen Sprecherinnen und Sprechern und mit dem Staatssekretär darüber diskutiert, was der Beitrag der gemeinwohlorientierten Weiterbildung sein kann, um dieser Vereinzelung und dem Rückzug ins Private entgegenzuwirken.

Inzwischen ist wieder vieles geöffnet. Die Zahlen sind aber eindeutig. Bei Kultur und Kino, zivilgesellschaftlichem Engagement, Vereinsarbeit, Sportevents und natürlich auch bei Bildungsveranstaltungen aller Art sind wir weit entfernt von den Teilnehmerszahlen im Frühjahr 2019. Mal sind es 20 %, mal 30 %, aber auch 40 % oder 50 % – diese Zahlen hat eine aktuelle Blitzumfrage bei unter unseren Einrichtungen ergeben. Wir sind nicht im Normalzustand. Die Frage, wie dieses Jahr abgerechnet wird, wird uns in den nächsten Wochen noch beschäftigen. Sie haben den Dialog gerade zugesagt.

Die Zahlen sagen aber noch nicht alles. In der Sozialforschung wird der Wert von gruppenüberschreitenden Zusammenkünften, also von Treffen, in denen Menschen ihre

Blase überschreiten, besonders hervorgehoben. Der gesellschaftliche Zusammenhang leidet, wenn diese Kontakte – man nennt sie Bridging, im Gegensatz zu gruppeninternen Kontakten, die man Bonding nennt – wegfallen. Wir müssen davon ausgehen, dass der Alltag von Erwachsenen seit zwei Jahren durch massiv weniger Kontakte über die eigene Blase hinaus bestimmt ist. Das Homeoffice hat diese Effekte leider noch verstärkt. Das Bridging, das Brückenbauen, muss immer wieder und jetzt erst recht geübt werden, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken. Darin liegt das Potenzial der Weiterbildung. Wir werden jetzt verstärkt an die Öffentlichkeit gehen, Menschen über Bildung zusammenbringen, Brücken bauen, Aktivitäten unterstützen, seien es die Qualifizierung zum zivilgesellschaftlichen Engagement, seien es Angebote politischer Bildung.

So viele Themen stehen auf unserer Agenda: Demokratie, Diversität, Populismus, struktureller Rassismus – auch hier in Deutschland in unseren Institutionen –, Erinnerungskulturen – und zwar im Plural –, Bildung für nachhaltige Entwicklung, jetzt auch noch verstärkt Krieg und Frieden und seine Spätfolgen, Europa im 20. und 21. Jahrhundert, Arm und Reich. Andere Angebote sind interkulturelle oder interreligiöse Bildungsangebote, die Gemeinschaft, Verbundenheit und Teilhabe fördern. Menschen entwickeln ihre Persönlichkeit, ihre Selbstreflexionskompetenzen, ihre Kreativität und ihre Innovationspotenziale. Wieder andere Angebote sind Sprach- und Integrationskurse, nachholende Schulabschlüsse und Sportangebote zur Integration, zur Verständigung und zur Gesunderhaltung einer Gesellschaft. Das ist nur ein kleiner Ausschnitt unserer Angebote. Zur Erinnerung: 251.000 Bildungsveranstaltungen hatte die gemeinwohlorientierte Weiterbildung 2019 durchgeführt – 251.000 Veranstaltungen zu Themen, die Menschen für ein sinnvolles und gutes Leben brauchen, zu Themen, die ein gesundes und sich entwickelndes innovatives Gemeinwesen braucht.

Liebe Politikerinnen und Politiker, wenn ich Sie nun direkt ansprechen darf: Die Wunschliste an die Weiterbildung ist auch auf Ihrer Seite lang. Das entnehmen wir aus regelmäßigen Gesprächen. Ich nenne nur einige Erwartungen an uns: Förderung und Stärkung von Elternkompetenzen und von Familien in diversen Konstellationen, wie zum Beispiel in benachteiligten Lebenslagen; Angebote zur Stärkung der Demokratie insbesondere auch für jüngere Menschen; das Entwickeln und Einüben von Konzepten der Nachhaltigkeit; Ermutigung zum lebenslangen Lernen im Beruf, aber auch im Privaten; oder, um Regierungspräsident Hans-Josef Vogel aus Arnsberg zu zitieren, der in seiner Rede auf dem letzten Weiterbildungstag Ruhr 2021 zur Bildung sich so ausdrückte:

Es geht um die Fähigkeit, wie wir unsere sozial-emotionalen Kompetenzen entwickeln und mobilisieren und wie wir uns neu orientieren können, um Teil der Lösung zu werden und zu sein.

Teil der Lösung der großen Krisen – die hatte Hans-Josef Vogel mit Nachhaltigkeit, Digitalisierung und Inklusion umschrieben.

Ihre Wunschliste ist lang, und wir sind in dem, was wir wollen, ganz nah beieinander, die Akteure der Weiterbildungseinrichtungen und die Vertreter der demokratischen Parteien.

Nun aber die entscheidende Frage: Wo können wir in fünf Jahren sein? In allen Wahlprogrammen zur Bundestagswahl 2021 spielte die berufliche Bildung eine dominante Rolle. Es überwiegt ein funktionales Bildungsverständnis. Weiterbildung hat in erster Linie dem Arbeitsmarkt zu dienen. Im Zentrum vieler politischer Äußerungen und entsprechender Geldflüsse steht das Interesse an der Qualifikation für den Arbeitsmarkt. Die allgemeine Weiterbildung findet sich auch am Rand, aber nicht im Fokus. In den Wahlprogrammen zur Landtagswahl hier in Nordrhein-Westfalen ist es nicht so viel anders, wenn Weiterbildung dort überhaupt auftaucht oder wenn die Wahlprogramme schon geschrieben sind.

Das Weiterbildungsgesetz von Nordrhein-Westfalen beginnt mit dem genialen Satz:

Jede und jeder hat das Recht, die zur freien Entfaltung der Persönlichkeit und zur freien Wahl des Berufs erforderlichen Kenntnisse und Qualifikationen zu erwerben und zu vertiefen.

Damit sind die allgemeine Weiterbildung und die Persönlichkeitsbildung mit all ihren Facetten mit der beruflichen Bildung auf Augenhöhe. Genial! „Jede und jeder hat das Recht“, heißt es im Gesetz. Und wir müssten im Blick auf die nächsten Jahre ergänzen: Auch die Möglichkeiten. Da müssen wir hin. Da wollen wir nämlich bis 2027 hin. Das Recht alleine reicht noch nicht.

Wir haben in Deutschland seit Jahrzehnten keinen fairen Bildungswettbewerb. Primäre Herkunftseffekte werden durch Bildung kaum ausgeglichen. Auch die Weiterbildung schafft das nicht, obwohl sie immer mit dem Anspruch angetreten ist, die bestehenden Ungerechtigkeiten wenigstens abzumildern oder etwas auszugleichen. Der zweite Bildungsweg bietet einen Ansatz dazu, aber niemand kann behaupten, dass das herausragende Engagement auf diesem Feld ausreichend ist. Wir brauchen an dieser Stelle noch eine große Kraftanstrengung. Wir brauchen neue und erweiterte Zugänge zu benachteiligten Gruppen in unserer Gesellschaft. Wir brauchen mehr Diversität unter den Mitarbeitenden und den Honorarkräften. Wir brauchen mehr Kooperation mit Verbänden und Vereinen wie zum Beispiel Migrantenorganisationen. Wir brauchen ein sich weiterentwickelndes Bildungsmarketing, das unterschiedliche Milieus unserer Gesellschaft unterschiedlich anspricht. Wir brauchen auf allen Ebenen interkulturelle Öffnungen als Teil von Organisationsentwicklungsprozessen. Nicht umsonst stehen diese Themen gleich auch noch prominent auf der Tagesordnung.

Realität ist heute, dass das zum 01.01.2022 überarbeitete Weiterbildungsgesetz die strukturelle Unterfinanzierung der Weiterbildung nicht abgebaut hat. Weiterbildungseinrichtungen sind weiterhin massiv von den Teilnahmebeiträgen aus der Mittelschicht abhängig, um überleben zu können. Bei uns ist es genau ein Drittel der Einnahmen, die wir aus den Teilnahmebeiträgen bekommen. Vielleicht brauchen wir diese Teilnahmebeiträge sogar mehr denn je, weil die Kosten für die Digitalisierungsprozesse von den Weiterbildungseinrichtungen zum aller größten Teil auch noch zusätzlich gestemmt werden müssen. Wir können Honorarkräften derzeit noch keine angemessenen Honorare bezahlen. Freie Mitarbeitende, die in der Weiterbildung ihr Einkommen erwirtschaften, arbeiten in der Regel prekär. Zu 80 % sind dies Frauen. Gerade in Zeiten wie Corona mussten sich viele hunderte von Honorarkräften noch einen anderen Job suchen.

Kurz um: § 1 Abs. 1 des Weiterbildungsgesetzes von Nordrhein-Westfalen stellt uns vor große Aufgaben. Jeder hat zwar das Recht auf Entfaltung seiner Persönlichkeit, aber derzeit noch lange nicht die Möglichkeit dazu. Wir in der Weiterbildung wollen unseren Beitrag dazu leisten, dass sich das ändert. Aber, liebe Politik, wir brauchen dazu weiterhin die tatkräftige Mithilfe. Die strukturelle Unterfinanzierung ist und bleibt unser gemeinsames Thema. Wir setzen darauf, dass die vierte Säule unseres Bildungssystems von der Politik in den kommenden Jahren deutlich gestärkt wird. Die nächsten Herausforderungen für die Weiterbildung zeichnen sich schon am Horizont ab. Die Geflüchteten aus der Ukraine brauchen Sprachkurse, aber nicht erst nach 18 oder 24 Monaten wie damals 2015, sondern sofort. Sie brauchen Angebote für begleitende integrationsfördernde Maßnahmen usw. usf. Eine Kollegin von uns kann heute nicht hier sein, weil die Stadt Dortmund alle Akteure zusammengerufen hat, um zu sehen, wie man mit den angekommenen Geflüchteten umgehen soll.

Dass kein Geld da ist, braucht die Politik nach diesem legendären Sonntag vor zehn Tagen nicht mehr zu erzählen. Wenn über Nacht 100 Milliarden Euro für ein Politikfeld ohne Konzeption und ohne hinterlegte Strategie gefunden werden, wird es auch einige wenige Milliarden – das stimmt uns hoffnungsfroh – für die Bildung und noch viel weniger für die Weiterbildung geben, wenn wir dann Strategien und Konzepte haben. Ich denke zum Beispiel an die Strategie der Kultusministerkonferenz „Initiative Digitale Weiterbildung“ vom 09.09.2021, die noch irgendwo in den Schubladen schlummert. Jedenfalls haben wir noch nichts gehört, dass diese Strategie zur Digitalisierung der Weiterbildung hier im Land umgesetzt wird.

Ich komme zum Schluss. In den nächsten Wochen brauchen wir noch etwas anderes. Das neue Weiterbildungsgesetz intendiert Vereinfachungen und Freiräume. Das begrüßen wir sehr, und dafür bedanken wir uns. Leider ist das derzeit noch mit Rechtsunsicherheiten verbunden. Zu viele Fragen sind ungeklärt, und zum Teil erhalten wir von den Bezirksregierungen unterschiedliche Auskünfte. Sie hatten das auch angesprochen. Es gibt insbesondere Befürchtungen, dass wir im kommenden Jahr vor Rückzahlungen stehen werden, weil die Interpretationsspielräume zu groß sind und am Ende gegen uns ausgelegt werden. Das betrifft zum Beispiel die Fragen nach der pauschalen Anrechnung von Vor- und Nacharbeitszeiten. Wenn wir Vor- und Nacharbeitszeiten veranstaltungsscharf notieren müssen, ist ein neues Bürokratiemonster geschaffen. Das Versprechen der Landesregierung war ein anderes. Das betrifft die Frage der Eigenmittel, die für Innovationsprojekte dringend notwendig sind. Welche Mittel dürfen kommunale Träger überhaupt einsetzen?

Bei digitalen Bildungsveranstaltungen sind Teilnehmertage und asynchrone Bildungseinheiten, die über die Lernplattform nachgewiesen werden können und die auch in das Bildungskonzept eingebunden sind, nun auf einmal doch nicht abrechenbar. Wir brauchen in diesem Monat noch einen Termin mit der Praxis der Verwaltung und dem Ministerium, um Umsetzungsfragen rechtssicher zu klären. Wir brauchen eine Art Runden Tisch. Das Jahr läuft bereits, wir haben Mitte März.

Sehr geehrte Damen und Herren, wir krempeln weiter die Ärmel auf. An Ideen und Know-how mangelt es in der Weiterbildung nicht, eigentlich nie. Wir setzen auf Ihre Unterstützung. Da geht noch was. Danke.

Vorsitzender Helmut Seifen: Vielen Dank, Frau Rösener. Ich kann gleich überleiten zu Block 1. Zuvor erlauben Sie mir aber noch einige formelle Hinweise. Die 23. Weiterbildungskonferenz findet als 84. Sitzung des Wissenschaftsausschusses statt. Zu dieser Sitzung habe ich mit Einladung Nummer 17/2236 eingeladen.

Noch einige andere organisatorische Hinweise: Das Tableau der teilnehmenden Gäste sowie ein Ablaufplan liegen vor. Sie haben sie vielleicht schon vor sich liegen. Den Zeitplan haben wir jetzt nicht ganz eingehalten. Die Pause wird daher nicht um 15:30 Uhr, sondern um 15:50 oder 15:55 Uhr beginnen, weil wir für jeden Block 45 Minuten vorgesehen haben. Wenn Sie Durst haben, können Sie hinter der Wand hinter mir Getränke einnehmen.

Im Gebäude besteht FFP 2-Maskenpflicht. Auf den Plätzen können Sie zwar die Maske abnehmen. Die Landtagsverwaltung empfiehlt jedoch, die Masken auch auf den Plätzen zu tragen. Die Plätze dürfen Sie bitte auch nicht wechseln. Sie haben gerade gemerkt, dass das Rednerpult desinfiziert werden muss, bevor eine andere Person spricht. Sie können an ihrem Platz sprechen, und deswegen bitte ich Sie, nach der Pause Ihren Platz wieder einzunehmen.

Dass die Sitzung im Livestream übertragen wird, wissen Sie. Mit dem Livestream haben sich auch alle Gäste einverstanden erklärt. Widerspruch dagegen ist nicht erhoben worden. Die Mitglieder des Landtags, die Mitarbeiter der Fraktionen, der Landesregierung, des Landesrechnungshofes sowie sachverständige Gäste können im Rahmen einer Videokonferenz an der Sitzung teilnehmen. Für Abgeordnete, Mitarbeiter der Landesregierung und sachverständige Gäste besteht ferner das Angebot, sich aktiv in die Diskussion einzubringen. Hierfür besteht als Kommunikationsmittel auch eine Chat-Funktion zur Verfügung. Ich rege jedoch an, dass jeder, der sich nicht an der Diskussion aktiv beteiligen möchte, auf den Livestream schalten möge. Alle Beteiligten an den Bildschirmen bitte ich, die Mikrofone unbedingt stumm zu schalten, wenn Sie nicht sprechen, sonst gibt es Rückkopplungseffekte.

Ganz wichtig ist ein Hinweis für den Sitzungsdokumentarischen Dienst: Wir alle kennen unsere Namen und haben deshalb die Gewohnheit, die Namen nur so beiläufig zu nennen. Der Sitzungsdokumentarische Dienst kennt Ihre Namen aber nicht. Deshalb bitte ich Sie dringendst, Ihren Namen laut und deutlich zu sagen, damit der Sitzungsdokumentarische Dienst diesen Namen dann auch richtig aufnehmen kann.

Dann noch ein Hinweis: Ich hoffe, es klappt alles technisch. Aber diese hybride Veranstaltung ist die erste Veranstaltung dieser Art. Wenn es zu nicht vorhersehbaren technischen Problemen kommen sollte, bitte ich um Entschuldigung.

Zu den Konferenzinhalten: Für jeden Block ist jeweils ein Zeitraum von 45 Minuten vorgesehen. Die Zeit beginnt, wenn ich hier aufhöre. Zwischen dem ersten und dem zweiten Block ist eine halbstündige Pause geplant, die um 15:55 Uhr beginnen wird. Ich bitte, nach der halben Stunde wieder zügig in den Raum zu kommen. Der Gesprächskreis der Landesorganisationen der Weiterbildung in Nordrhein-Westfalen wird Sie durch die Veranstaltung führen, und deswegen übergebe ich jetzt an die Moderatoren. Frau Anna Hutnik wird den Block 1 moderieren. Und deshalb übergebe ich jetzt an Sie.

Block 1 - Digitalisierung

Anna Hutnik (Landesverband der Volkshochschulen von NRW e. V.): Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen aus der Weiterbildungslandschaft! Mein Name ist Anna Hutnik. Ich bin Referentin für digitale Bildung beim Landesverband der Volkshochschulen in Nordrhein-Westfalen. Ich darf die heutige Session zum Thema „Digitalisierung“ moderieren. Zusammen mit mir sind hier zwei meiner Kolleginnen und Kollegen aus der VHS-Landschaft, und zwar Frau Dr. Marie Batzel, Vizepräsidentin des Landesverbandes der Volkshochschulen in Nordrhein-Westfalen und Direktorin der Volkshochschule Neuss, und Herr Dr. Thomas Erler, Mitglied des Aufsichtsrates des Landesverbandes der Volkshochschulen in Nordrhein-Westfalen und Direktor der Volkshochschule Mönchengladbach. Marie und Thomas, schön, dass ihr da seid.

Vor ca. zweieinhalb Jahren, im September 2019, saßen wir hier alle zusammen. Einige von Ihnen waren wahrscheinlich auch dabei. Die Session zum Thema „Digitalisierung“ fand damals auch in diesem Plenarsaal statt. Auch damals wurde über dieses Thema sehr heiß diskutiert. Wir alle können sagen, dass sich seit damals sehr viel geändert hat. Wir haben aus den bisherigen Reden gehört, welche wichtigen Ereignisse inzwischen stattgefunden haben, die die Weiterbildungslandschaft, vor allem aber auch die Digitalisierung sehr beeinflusst haben. Deshalb möchten wir heute sehr gerne im Laufe dieser Session mit Ihnen einmal auf die zweieinhalb Jahre, die hinter uns liegen, zurückblicken und reflektieren, was in dieser Zeit passiert ist. Gleichzeitig würden wir aber auch gerne gemeinsam mit Ihnen in die Zukunft blicken und ein paar Entwicklungspotenziale für die Digitalisierung in der Weiterbildung definieren.

Wichtig war für uns bei der Vorbereitung dieser Session auch, die Vielfalt der Weiterbildungslandschaft abzubilden. Deswegen haben wir einige von Ihnen auch um Unterstützung bei der Vorbereitung gebeten. Wir haben eine Umfrage bei den Vertreter*innen der Weiterbildung durchgeführt und gefragt, welche Erfahrungen sie mit der Digitalisierung haben und welche Erfolge sie bereits hatten, aber auch welche Bedarfe und Herausforderungen ihren Weiterbildungsalltag prägen. Alle diese Ergebnisse werden wir Ihnen hier gleich präsentieren. Wir haben von Ihnen auch einige wirklich spannende und interessante Best-Practice-Beispiele bekommen. Mit diesen werden wir auch unsere Inhalte untermauern. Und wir haben zwei Statements von Landtagsabgeordneten bekommen, und zwar von Frau Gabriele Hammelrath und von Herrn Lorenz Deutsch, die auch im Präsidium des Landesverbandes der Volkshochschulen in Nordrhein-Westfalen vertreten sind. Deren Statements werden wir auch an verschiedenen Stellen unserer Session platzieren um Ihnen auch eine etwas andere Perspektive des Themas zu präsentieren.

Ich darf mich an dieser Stelle im Namen der Vorbereitungsgruppe bei allen bedanken, die uns unterstützt haben. Gleichzeitig möchte ich Sie auch um Verständnis bitten, dass wir aus zeitlichen Gründen jedes Beispiel leider nicht ganz so vertieft vorstellen können, wie wir es uns wünschen würden und wie es auch alle Beispiele verdient hätten.

Bevor wir starten, werden wir in den nächsten zehn Minuten die Perspektive ändern. Wir sind alle mehr und weniger durch unsere praktischen Erfahrungen geprägt. Wir wollen uns jetzt die Situation der Digitalisierung in der Weiterbildung aus wissenschaftlicher Sicht erläutern lassen. Was sagt die aktuelle Forschung dazu, wie die Weiterbildung und die Digitalisierung zusammenpassen oder vielleicht auch nicht? Wir haben dazu Frau Professor Dr. Esther Winther von der Universität Duisburg-Essen um ein Statement zu der aktuellen Situation in der Weiterbildung gebeten, und dieses wollen wir uns gerne mit Ihnen zusammen ansehen.

Prof.'in Dr. Esther Winther (Universität Duisburg-Essen [per Video zugeschaltet]):

In verschiedenen nationalen und internationalen Forschungsprojekten beschäftige ich mich mit der Frage, wie digitales Lernen Erwachsenen gelingt. Hierbei schaue ich mir zum einen die Lernprozesse an und zum anderen, wie wir als forschende Institutionen die Weiterbildung, insbesondere auch die gemeinwohlorientierte Weiterbildung dabei unterstützen können, die Digitalisierung voranzubringen. Vor diesem Hintergrund freue ich mich sehr über die Einladung zu einem kurzen Statement. Ich werde dieses Statement nutzen, um zum einen aufzuzeigen, wie es um die Digitalisierung in der Weiterbildung bestellt ist, und zum anderen, um Trends aufzuzeigen, wohin sich die Digitalisierung wahrscheinlich bewegen wird.

Wenn wir uns den Status quo anschauen, fällt auf, dass die Versprechungen der Digitalisierung des Lernens noch nicht so wirklich eingelöst sind. Wir sehen, dass der Zugang zu Bildung trotz vielfältiger digitaler Angebote in den verschiedenen Bildungssektoren nach wie vor hoch selektiv ist. Und wir sehen, dass wir eine insgesamt sehr geringe Digitalisierungsdurchdringung in der Erwachsenenbildung haben. Für Menschen mit geringer formaler Bildung und für Nichtberufstätige gilt dies in besonderem Maße. Wir stellen fest, dass mit oder ohne Digitalisierung die Nutzung von Bildungsangeboten sehr stark und auch nach wie vor davon abhängig ist, wie meine individuelle Bildungssozialisierung aussieht, wie hoch mein Alter ist oder wo ich lebe. Feststellen können wir aber – das hat die Pandemie besonders gezeigt –, dass unterrepräsentierte Gruppen wie Erwerbslose oder Ältere von informellen Lernformen besonders profitieren können und dass die Digitalisierung Wege schafft, diese Angebote bereitzustellen.

Mit Blick auf die Forschungsbefunde ist Digitalisierung weder eine Antwort noch eine Verschärfung eines altbekannten Problems. Es geht darum, dass der Zugang zu Bildung nach wie vor hoch selektiv ist.

Dies stellt die Institutionen der Weiterbildung, insbesondere der gemeinwohlorientierten Weiterbildung vor die Herausforderung, Bildungsangebote bereitzustellen, die zugänglich sind, die gesellschaftliche Problemlagen aufgreifen, die gleichzeitig aber auch eine moderne Lernumgebung zur Verfügung stellen. Die Herausforderungen sind erheblich. Digitalisierung führt in nahezu allen Lebensbereichen zum Automatisierungsdilemma. Dahinter verbirgt sich, dass die zunehmende Komplexität unserer Arbeit und unseres Lebens dazu führt, dass wir unser Situationsbewusstsein einbüßen. Letztlich führt diese Fähigkeitserosion aber dazu, dass wir unser Prozesswissen verlieren. Das heißt, wir haben permanent das Gefühl, immer alles neu machen zu müssen, immer wieder neu starten zu müssen. Wir greifen nicht auf das Bewährte zurück.

Das liegt daran, dass es viel Bewährtes auch nicht gibt. Bislang fehlen Interventionsstudien, die die Effizienz von digitalen Innovationen in Abhängigkeit von den Ressourcen und den Vorerfahrungen der Akteure untersuchen. Wir erleben auch massive Transformationsprozesse auf ganz unterschiedlichen Ebenen, auf der Ebene der Kommunikationswerkzeuge – das heißt, wir unterhalten uns anders –, auf der Ebene der Inhalte und Lerngegenstände – das heißt, wir fragen nach, was wir vermitteln möchten – und auch auf der Ebene des Lehrens, des Lernens und des Prüfens. Wie gehen wir mit den digitalen Konzepten in den unterschiedlichen Lernsettings um?

Diese Herausforderungen digitaler Transformationen sind nicht zu unterschätzen. Sie führen dazu, dass wir in ganz verschiedenen Bereichen der gemeinwohlorientierten Weiterbildung Reformbedarfe haben, nicht nur auf der Ebene des Lernens, sondern eben auch der Ebene der organisationalen Gestaltung. Ein großer Aspekt ist hier, dass wir unsere gewohnten Arbeits- und Lernroutinen verlieren, dass wir durch die Digitalisierung in sehr veränderte Arbeits- und Lernwelten hineinkommen. Wie gut uns das gelingt, hängt davon ab, welche Einstellung wir haben, welchen Umgang wir erlernt haben und wie der Zugang zu diesen veränderten Arbeits- und Lernwelten ist.

Festgestellt haben wir in den Institutionen, dass diese Formatierung hin in veränderte Arbeits- und Lernwelten sehr stark die Veränderungsbereitschaft beeinflusst. Wir fassen das unter dem Prinzip der digitalen Mündigkeit zusammen. Digitale Mündigkeit bedeutet, dass man das Personal technisch, organisatorisch, kooperativ, aber auch didaktisch darauf vorbereiten muss, den digitalen Wandel entsprechend zu gestalten.

Der digitale Wandel gestaltet sich nicht einfach so. Hierzu braucht es Investitionen, Investitionen in das Personal, Investitionen in die Sachmittel und Investitionen in das Mindset. Gerade die Investitionen in das Mindset scheinen aus der Perspektive der Forschung dringend angeraten. In den Bildungsinstitutionen sehen wir immer solche Begriffspaare. Wir sehen, dass es empirische Kausalitäten zwischen der Nutzbarkeit und der Kompetenz der Lehrkräfte gibt. Ist die Kompetenz der Lehrkräfte gering, werden digitale Formate in geringerem Umfang genutzt. Werden in einer Institution digitale Formate kaum eingesetzt, hat das auch einen negativen Effekt auf die Kompetenz der Lehrkräfte.

Ein zweites Begriffspaar ist die didaktische Konzeption und die Förderungskultur. Wenn wir uns die Forschungsbefunde anschauen, sehen wir, dass in einer Institution, die keine spezifische digitale Förderungskultur hat, wenig erprobte Konzepte vorliegen. Anders herum: Liegen in einer Institution wenig erprobte Konzepte vor, leidet auch entsprechend die Förderungskultur. Wie lassen sich nun diese Begriffspaare auflösen? – Hierzu einige Thesen zur Lösungsfindung:

Eine erste These ist, dass die aktuelle Generation den digitalen Wandel mitgestalten lernen muss. Hierzu brauchen wir Investitionen in die Ausstattung der Institution und Investitionen in die Qualifizierung des Personals. Nur mit beidem zusammen können Angebote bereitgehalten werden, die dazu taugen, die Generation entsprechend mitzunehmen.

Eine zweite These ist, dass sich entwickelnde didaktische Möglichkeiten einer systematischen Erprobung und Erforschung unterziehen müssen. Das ist bedeutsam, damit

klarer wird, was sich wirklich bewährt. Wir sehen in den Institutionen sehr viele spannende Konzepte. Gerade vor dem Hintergrund der Pandemie gab es sehr viel Bewegung. Wir sehen aber nicht, wie erfolgreich, wie effizient, wie nachhaltig diese Konzepte sind.

Eine dritte These ist, dass wir die Perspektiven für die Organisationsentwicklung und für die Entwicklung des Bildungswesens insgesamt im Konsortium zu erarbeiten haben. Hierhinter verbirgt sich, dass das, was für den einen Bildungssektor gilt, auch für den anderen Bildungssektor bedeutsam ist. Ein Digitalpakt für die Schule bedeutet auch einen Digitalpakt für die Weiterbildung. Soweit zum aktuellen Status quo, zur Digitalisierung in den Weiterbildungsinstitutionen.

Mein zweiter Punkt bezieht sich auf die Trends und die Zukunftsperspektiven eines Lernens und Arbeitens in einer digitalisierten Welt. Wir sehen, dass das, was durch die Pandemie angestoßen worden ist, sehr viel Bewegung gebracht hat. Wir sehen aber auch oder vermuten auf Seiten der Forschung, dass dieser exogene Schock der Pandemie nicht groß genug sein wird, um diese Veränderungen auch nachhaltig zu etablieren. Daher gibt es Sinn, stärker und intensiver auf Zukunftstrends zu schauen, wenn es um die Digitalisierung von Weiterbildungsinstitutionen geht.

In der Forschung werden verschiedene Trends besprochen, die zunehmend auch Eingang in die Institutionen finden. Wir haben zum einen die beiden Lernplattformen Bring Your Own Device oder OER. Extrem beschäftigen uns Fragen des Learnart Instructions uns des Assentic Assesments. Wie können wir einen Lebensweltbezug der gemeinwohlorientierten Weiterbildung stärker herstellen? Eng damit verbunden sind auch sämtliche Fragen der Personalisierung und der Kosten von Lernangeboten. Die nationalen Policies sind eigentlich sehr günstig. Wir haben eine große, weite Offenheit, wenn es um Digitalisierung geht. Wir haben den Digitalpakt, und wir haben die Bildungsoffensive. Es gibt unterschiedliche politische Förderstrategien, die Digitalisierung stärker in den Institutionen zu verankern.

Dennoch sind die Herausforderungen heute die gleichen wie vor drei oder vier Jahren. Es geht darum, die Institution selbst stärker zu digitalisieren. Es geht darum, Bildungsgerechtigkeit und Zugangschancen zu gewährleisten. Es geht darum, das digitale Mündigkeitsprinzip als zentrales Leitmotiv zu etablieren. Und digitale Mündigkeit steht hier in einem tatsächlich starken Kontrast zur klassischen Medienkompetenz. Wir wollen Bildung stärker – und hier ist die gemeinwohlorientierte Weiterbildung besonders gefragt – als aufklärerische Bildung verstehen. Mit diesen Ideen im Kopf möchte ich mein Videostatement mit drei Thesen beenden.

Die erste These lautet: Die Kenntnisse über die Enkulturationsprozesse von Personen schafft pädagogische Freiräume für digitale Innovation. Wir müssen mehr darüber wissen, wie unsere Teilnehmenden lernen. Dahinter steckt die Idee der Sinnhaftigkeit von Experimenten, also mehr Erprobung und mehr Forschung.

These zwei lautet: Auch digitales Lernen muss die Fachinhalte betonen. Dahinter steckt die Idee oder die Sorge, dass ganz häufig das digitale Format im Vordergrund steht, aber nicht mehr so sehr der zu vermittelnde Inhalt. Das kann sich eine Weiterbildungsinstitution nicht leisten, das kann sich aber auch eine Gesellschaft nicht leisten.

Wir müssen also die Beschleunigung durch Digitalisierung abwägen gegenüber der Funktionslogik der Lerninhalte.

Die These drei lautet letztlich: Bei digitalen Lernformen sind die veränderten Bedürfnisse des Bildungsakteurs selbst zu berücksichtigen. Auch hier ist die Datenlage relativ dünn. Wir wissen nicht viel darüber, wie sich Menschen im Homeoffice fühlen. Wir wissen nicht viel darüber, wie sich Lehrkräfte in digitalen Lernsettings fühlen, wenn sie nur diese haben. Das heißt, wir brauchen eigentlich einen sehr starken gesellschaftlichen, aber auch didaktischen Diskurs darüber, was wir mit Digitalisierung in den Institutionen erreichen möchten.

Mit diesen drei Thesen beende ich mein kurzes Videostatement. Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche der Konferenz viel Erfolg.

Anna Hutnik (Landesverband der Volkshochschulen von NRW e. V.): Vielen Dank an Frau Professor Winther für diesen sehr informativen Impuls. Das war die Perspektive der Wissenschaft. Wir sind aber heute auch hier, um über die Perspektiven der Praxis zu sprechen. Jetzt werde ich mich kurz mit Marie Batzel und Thomas Erler anhand unserer Umfrageergebnisse über die praktische Seite unterhalten. Im Anschluss daran haben Sie auch noch kurz Zeit für eine Diskussion. Da würden wir uns über Beiträge von Ihnen freuen.

Aus den Umfrageergebnissen, aus den bisherigen Vorträgen, die wir heute gehört haben, und aus dem Vortrag von Frau Professor Winther ist eines besonders klar geworden: In den vergangenen zweieinhalb Jahren ist sehr viel passiert. Was ist eigentlich passiert? Wie ist die aktuelle Situation? Was müsste eigentlich noch passieren, damit die Weiterbildung noch zukunftsfähiger werden kann?

Dr. Thomas Erler (Volkshochschule Mönchengladbach): Klaus Kaiser hat eben davon gesprochen, dass die Digitalisierung in den Weiterbildungseinrichtungen in den letzten zwei Jahren einen gewaltigen Sprung gemacht hat. Ich hatte dabei sofort das Bild vor Augen, wie ein Mensch in Zeitlupe springt. Wir sind Anfangs von dieser Entwicklung überrascht worden und mussten von heute auf morgen mit dem, was wir zur Verfügung hatten, Notlösungen erfinden. Alle Weiterbildungseinrichtungen haben irgendwie versucht, ihr Programm aufrechtzuerhalten und Technik zusammengekrämt, die sie irgendwie bekommen konnten, um das zu gewährleisten. Das war spannend, das war ganz viel Improvisation, aber wir haben auch ganz schnell gemerkt, dass dafür einiges fehlt. Ich meine das nicht nur technisch. Nach und nach wurde Technik angeschafft und eingesetzt. Wir haben gelernt, damit umzugehen und wir haben schnell festgestellt, dass wir auch eine personelle Komponente brauchen.

Wir als Planende und Ausführende von Weiterbildung müssen mit dieser Technik auch umgehen können. Wir müssen wissen, was man damit machen kann und was nicht. Die Verbände haben dann teilweise Weiterbildung für die Weiterbildenden eingerichtet. Der Landesverband der Volkshochschulen hat eine Fortbildung „Kleine Tools, große Wirkung“ eingerichtet, bei der man den Lehrkräften beigebracht hat, was es für Tools und Werkzeuge bei der Digitalisierung gibt. Das gleiche Angebot gab es bei der DRK Familienbildung. Da hieß es „Methodenschatz“. Allein diese Bezeichnungen zeigen

schon, worum es ging. Wir mussten lernen, mit diesen Instrumenten umzugehen und das irgendwie in den Unterricht zu gießen.

Dabei sind neue Formate entstanden. Beispielhaft möchte ich die katholischen Erwachsenen- und Familienbildung mit dem „Digitalen Espresso“ hervorheben. Dieses Angebot findet man auf Google, und dazu gibt es auch einen Film mit einem Interview, das digital stattfindet. Das waren die ersten Versuche, mit dieser Technik umzugehen.

Um noch einmal auf das Bild des Weitsprungs zurückzukommen: Ich glaube, wir sind nach zwei Jahren schon in der Phase der Landung. Wir haben Boden vor uns. Wenn wir dann gelandet sind, müssen wir das Ganze auch auf Strecke bringen. Frau Professor Winther hat gesagt, die Digitalisierung wird bleiben. Auch Celia Sokolowsky hat das gesagt. Die Digitalisierung wird auch bleiben, aber wir müssen jetzt sehen, dass wir diesen Zeitraum der Improvisation verlassen, dass wir sie verstetigen, sie aber auch professionell anbieten. Unsere Teilnehmenden erwarten von uns, dass wir jetzt nicht mehr improvisieren, sondern genau wissen, was wir tun und wozu wir diese Technik einsetzen. Das heißt auch, dass wir eine professionelle Technik zur Verfügung haben müssen. Auch das ist sicherlich eine Aufgabe der nächsten Jahre.

Dr. Marie Batzel (Volkshochschule Neuss): Thomas, du hast es gesagt und auch schon einige Beispiele genannt: Ich meine, die Weiterbildungseinrichtungen in Nordrhein-Westfalen haben nicht nur viel geschaffen und viele digitale Bildungsangebote gemacht, sondern sie haben auch viel Anerkennung dafür bekommen. Ich habe mir die Umfrage, auf die viele von ihnen geantwortet haben, noch einmal angeschaut und werde jetzt einige ganz konkrete Beispiele oder Aussagen zu diesen Themen aus den einzelnen Häusern zitieren.

Auf die Frage, wie es mit der Technik war, haben viele geantwortet, dass sie für das, was sie getan haben, sehr viel Anerkennung bekommen haben. Die VHS Höxter hat zum Beispiel sehr schön formuliert, wie viel Anerkennung gekommen ist, weil die Volkshochschulen genau wie alle anderen Weiterbildungseinrichtungen sehr schnell reagiert haben. Allerdings sagen die Volkshochschulen und die anderen Einrichtungen auch, dass die Investitionen, die in die Technik getätigt wurden, oft sehr projektbezogen waren. Digitalisierung ist aber kein Projekt, sondern ein Prozess, der sich ständig weiterentwickelt. Daher ist die Hardware, die angeschafft wurde, oft eine Ad-hoc-Anschaffung gewesen. Langfristig wäre diese Anschaffung aber notwendig gewesen, um umfassend und vor allem systematisch zu investieren. In der Umfrage haben viele Einrichtungen geantwortet, dass es bei ihnen umfassend und systematisch nicht funktioniert hat.

Einige Häuser hatten zum Beispiel ganz konkret das Glück, auf einmal Glasfaser zu haben. Das war aber nur ein großes Glück, bis man feststellte, dass die Häuser gar nicht ausgeleuchtet waren und dafür auch kein Geld hatten und dass die Hotspots fehlten. Das heißt also, sie hatten kein W-Lan. Oder es gab zwar dieses beides, aber es gab keine digitalen Endgeräte, mit denen man hätte unterrichten können. Diese unsystematischen und nicht umfassenden Maßnahmen waren ein Problem, das viele beschrieben haben, unter anderem auch der VHS-Zweckverband Bad Driburg-Brakel-Nieheim-Steinheim. Dass investive Mittel für die Hardware fehlten, betonten auch die Heinrich-Böll-Stiftung NRW und die VHS Gladbeck. Viele haben das Stichwort genannt,

dass ihnen ein Digitalpakt für die Weiterbildung fehlt. Es wurde das Beispiel genannt, dass es für die Schulen schon viel gegeben hat. Auch die Musikschulen haben viel Technik bekommen. Da wurde investiert, in die Weiterbildung aber noch nicht und auch nicht systematisch und umfassend.

Bei den Investitionen haben aber viele darauf hingewiesen, dass es nicht nur um Hardware geht, sondern dass insbesondere auch in die Software investiert werden muss. Das haben zum Beispiel das DRK Familienbildungswerk aus Duisburg und die VHS Ratingen beschrieben. Bei der Software wurden zwei Komponenten besonders betont. Zum einen war es die pädagogische Software. Dabei stehen die Volkshochschulen vor einer anderen Herausforderung als andere Weiterbildungseinrichtungen, weil die Volkshochschulen die VHS-Cloud haben, mit der sich viel umsetzen ließ. Trotzdem habe ich der Umfrage die Sorge entnommen, was denn passiert, wenn die Kosten, die die Cloud verursacht, auf die Teilnehmenden umgelegt werden müssen, um damit die Zugänge für die Leute, die zu ihnen kommen und lernen wollen, barrierefreundlicher zu machen. Die anderen Weiterbildungseinrichtungen, die keine Cloud haben, sagen, dass auch sie Plattformen und Unterstützung bei dem systematischen Aufbau einer Plattform brauchen. Darauf hat das katholische Erwachsenen- und Bildungswerk im Erzbistum Paderborn hingewiesen.

Nicht nur die pädagogische Software beschäftigt uns, sondern wir konnten der Umfrage auch entnehmen, dass die administrative Software auch Kosten verursacht, dass das Geld dafür aber nicht vorhanden ist. Oft wird vergessen, dass die administrative Software nicht dazu dient, dass irgendwelche Leute irgendetwas verwalten. Die administrative Software dient dazu, dass Menschen niederschweligen Zugang zu Bildung erhalten. Frau Professor Winther hat in ihrer Rede gesagt, dass Digitalisierung auch eine Zugangsmöglichkeit ist, aber nur, wenn die erforderliche Software in den Häusern vorhanden ist. Das gleiche gilt für Evaluationsmöglichkeiten. Auch das hat Frau Professor Winther angesprochen. Wir müssten eigentlich mehr evaluieren, aber die Evaluation ist einfacher, wenn man dafür die Software hat, die das ermöglicht und die unseren Teilnehmenden nähersteht als die Umfrage auf Papier im Nachhinein.

Für die VHS Neuss, die ich leite, kann ich sagen, dass ich in den letzten zwei Jahren einen Haushaltsbetrag in fünfstelliger Höhe an Mehrkosten habe, um nur meine Software warten zu lassen. Das ist eine Wahnsinnssumme. Ein fünfstelliger Betrag nur für die Wartung der Software! Das ist in keinem städtischen Haushalt vorhanden. Keiner weiß, wie man das stemmen soll. Das sind die konkreten Probleme beim Zugang. Wir brauchen investive Ausgaben für die Strukturen, aber auch konsumtive, langfristig angelegte Ausgaben sowohl für Hardware als auch für die administrative und pädagogische Software. Das zum ersten Punkt, den ich aus der Umfrage herausgelesen habe.

Anna Hutnik (Landesverband der Volkshochschulen von NRW e. V.): Das heißt, ein ganz großer Bereich, in dem noch sehr viele Entwicklungspotenziale stecken, wäre die Technik. Aber die Technik wäre nicht der einzige Bereich, in dem noch weitere Entwicklung notwendig wäre. In ihrem Vortrag spricht Frau Professor Dr. Winther von einer aus der Digitalisierung resultierenden zunehmenden Komplexität unserer Arbeit

und unseres Lebens. Wie wirkt sich diese Komplexität auf den Bereich der Weiterbildung aus?

Dr. Thomas Erler (Volkshochschule Mönchengladbach): Wir selbst sind auch davon betroffen. Wir brauchen eine digitale Transformation der Weiterbildungseinrichtungen. Auch wir müssen unsere komplette Organisation, unsere Aufbau- und Ablauforganisation verändern. Wir müssen in unseren Abläufen Technik einsetzen. Wir müssen aber auch Unterricht planen und durchführen, in dem diese Technik entsprechend professionell eingesetzt wird. Zum einen brauchen wir Menschen, die das beherrschen, die auch einmal einer Lehrkraft zeigen können, wie das vor Ort funktioniert, die Teilnehmende beraten können, die die Updates und die Technikeinführung bewältigen können, die Sachverstand haben. Auch der Prozess der Programmentwicklung verändert sich. Dieser Prozess ist auch von Digitalität und Technik durchzogen. Das hat sich während der Pandemie an konkreten Unterrichtsformaten gezeigt, die wir im Vorfeld erhoben haben. Da berichtet zum Beispiel das LAAW von Erfahrungen mit ihrer theaterpädagogischen Fortbildung, bei der man irgendwo auf das Problem stößt, dass sie aus der Ferne gemacht und ad hoc umgestellt werden muss. Da muss sich auch die Organisation verändern. Es gab Online-Austauschformate der Mitgliedseinrichtungen, wo Planende und dieses Programm Verantwortende sich austauschen konnten, um das Ganze richtig zu machen. Um es auf den Punkt zu bringen: Neben der Technik brauchen wir auch Veränderungen unserer Organisationen und auch von uns selbst als Weiterbildner.

Dr. Marie Batzel (Volkshochschule Neuss): Frau Professor Winther hat es die digitale Mündigkeit genannt, die nicht nur die Teilnehmenden, sondern auch unsere Mitarbeitenden und Lehrkräfte betrifft. Thomas hat einige positive Beispiele genannt, die in der Zeit passiert sind. Es gab die entsprechenden Fortbildungen, um diese digitale Mündigkeit auf allen Ebenen herzustellen. Aber auch die wurden regelmäßig aus Projektmitteln finanziert. Was noch fehlt – so die Antworten auf die Umfrage –, sei die Verstärkung der positiven Fortbildungsformate für Weiterbildungspersonal. Dabei müssen wir im Blick behalten, dass die Digitalisierung den gesamten Leistungsprozess in den Weiterbildungseinrichtungen betrifft, also von der Konzeption der Angebote bis zu den Lehrkräften, mit denen über die Information, die Beratungs- und Anmeldeprozesse der Teilnehmenden gesprochen werden muss. Das betonen unter anderem die VHS Essen und die VHS Löhne in der Beantwortung der Umfrage sehr anschaulich. Gesprochen werden muss über die Veranstaltungsdurchführung in ganz unterschiedlichen digitalen oder digitalgestützten Lernsettings. Das betont die VHS Mühlheim. Gesprochen werden muss über die Verwaltung, die Evaluation und die finanzielle Abwicklung von Veranstaltungen. Das hat das Lohmarer Institut für Weiterbildung betont.

Auch die Leitungen von Einrichtungen müssen neue Strategien entwickeln und in ihren Häusern neue Anforderungen erfüllen. Die Prozesse der Digitalisierung müssen an irgendeiner Stelle konzentriert und implementiert werden. Auch dabei muss in die Mündigkeit der Mitarbeitenden investiert werden. Das betont unter anderem die VHS Münster. Auf allen Ebenen müssen neue Prozesse und neue digitale Tools eingesetzt werden. Das kostet vor allem Arbeitszeit. Deswegen ist Fortbildung so wichtig und deswegen

gab es auch so wahnsinnig viele Fortbildung in der Vergangenheit. Fortbildung wird es aber auch weiterhin geben müssen. Es bleibt für uns eine dauerhafte Zusatzaufgabe, in die digitale Mündigkeit zu investieren, weil es nicht reicht, Menschen auf einen bestimmten Stand zu bringen, denn die Digitalisierung geht weiter. Wir werden nie auf einem bestimmten Stand bleiben, sondern einer Entwicklung immer in gewisser Weise hinterherlaufen. Und so eine dauerhafte Zusatzaufgabe braucht auch dauerhaft zusätzliches Personal.

Außerdem fehlt es an Unterstützungspersonal. So wurde es in den Antworten auf die Umfrage gesagt. Es fehlt das Personal, das gemeinsam mit den Lehrkräften, mit den hauptamtlichen pädagogischen Mitarbeitern, mit der Bildungsverwaltung, mit den IT-Anbietern, aber auch mit den Hausmeistern die digitale Infrastruktur installiert, sie langfristig am Laufen hält, wartet und weiterentwickelt. Einen Punkt möchte ich hinzufügen – das Institut für Kirche und Gesellschaft der EKvW hat es auch erwähnt –, denn Digitalisierung ist auch dort ganz wichtig: Wir müssen in den Häusern in das digitale Marketing investieren. Wir müssen uns alle mit der Suchmaschinenoptimierung beschäftigen, wir müssen uns alle mit Social-Media-Marketing beschäftigen. Wir müssen uns mit Homepage-Pflege und vielen anderen Themen, die eigentlich zum Marketing gehören, beschäftigen. Diese Aufgaben sind im Weiterbildungsgesetz kaum vorgesehen. Sie sind auch in den meisten Stellenplänen von uns nicht berücksichtigt, aber sie sind wahnsinnig wichtig, nicht deshalb, dass wir gut dastehen, sondern deshalb, dass wir den Zugang zur Weiterbildung ermöglichen.

Anna Hutnik (Landesverband der Volkshochschulen von NRW e. V.): Das heißt, zum ersten Bereich Technik kommt noch ein zweiter Bereich. Unter dem Aspekt, wie Personal zusammengefasst werden könnte, und unter dem Aspekt der Komplexität, die ich genannt habe, könnte noch ein Kommentar aus dem Statement von Herrn Lorenz Deutsch hinzugefügt werden. Er hat gesagt, auch Fragen wie Datenschutz oder Urheberrecht seien neue Herausforderungen, mit denen jetzt ganz viele Weiterbildungseinrichtungen zu tun haben und damit umzugehen lernen müssen. Marie, du hast gerade das Stichwort Marketing erwähnt. Zu diesem Thema hat Frau Gabriele Hammelrath ein Statement verfasst und gesagt, ganz oft würden die sehr qualitativ wertvollen Weiterbildungsangebote für die potenziellen Teilnehmer sehr schwer zu finden sein. Das heißt, wir brauchen auch neue Marketingstrategien, um diese Angebote an unsere Teilnehmenden zu bringen. Auch neue Vertriebswege müssten ausprobiert werden, damit wir diejenigen erreichen, die wir erreichen möchten.

Zwei wichtige Bereiche haben wir bereits definiert. Ich möchte noch ein weiteres Statement aus dem Vortrag von Frau Professor Winther aufgreifen. Sie sagt, digitales Lernen müsse die fachlichen Inhalte betonen. Meine Frage wäre, welchen Einfluss die voranschreitende Digitalisierung auf die pädagogischen Aspekte der Weiterbildung hat.

Dr. Thomas Erler (Volkshochschule Mönchengladbach): Wir haben jetzt über zwei Punkte diskutiert, die Probleme aufwerfen, mit denen wir umgehen müssen. Man darf aber auch nicht vergessen, dass Technik unheimlich viel ermöglicht. Es gibt neue Möglichkeiten, wie zum Beispiel den heutigen Livestream, an den man vor einigen Jahren

noch gar nicht zu denken gewagt hätte. Es ist ganz viel ermöglicht worden, und das ist auch ganz spannend.

Zum einen ermöglicht Technik auch in der pädagogischen Arbeit vieles. Natürlich wird dadurch die pädagogische Arbeit komplexer und inhaltlich schwieriger, und das alles miteinander vernetzt. Medienscouts in Integrationskursen hätte man sich vor ein paar Jahren auch noch nicht vorstellen können. Wir müssen das Entwerfen von Programmen auch für neue Zielgruppen überdenken und die neuen Möglichkeiten, die wir dabei haben, auch nutzen. Ich glaube, dass es uns auch möglich wird, bestimmte Zielgruppen, die wir bisher nicht erreicht haben, besser zu erreichen oder bestimmte Formate zu etablieren, die es bisher nicht gab oder Themen besser und anders aufzubereiten. Diese Möglichkeiten sollten wir nutzen.

Hoffnungsfroh macht mich, dass wir schon seit zwei Jahren auf dem Weg sind, diese Entwicklungen ständig zu thematisieren und darüber zu diskutieren. So gab es die Gesprächsreihe „Zukunftsforum Weiterbildung“ des QUA-LiS in Kooperation mit dem Landesverband der Volkshochschulen und viele andere Projekte, bei denen man sich selbst reflektiert, über diese Möglichkeiten diskutiert und dann auch zu neuen Formaten kommt.

Dr. Marie Batzel (Volkshochschule Neuss): Ich habe mir die Umfrageergebnisse auch im Hinblick auf die Inhalte angesehen. Das hat auch Frau Professor Winther mit ihrer zweiten These in den Mittelpunkt gestellt. Ich höre aber jenseits der Umfrage immer wieder von HPMS, von hauptamtlichen pädagogischen Mitarbeitern, dass es ihr Job sei, gute Weiterbildung zu machen, dass es aber nicht ihr Job sei, digitale Tools und Geräte zu warten. Trotzdem leisten das aber alle Pädagogen, weil es sonst nicht funktionieren würde. Also tun sie es.

Auch die Leitungen der Weiterbildungseinrichtungen sind laut Weiterbildungsgesetz Pädagogen. Auch da höre ich gerade von Leitungen kleinerer Einrichtungen, dass sie die iPads updaten und sehen müssten, welche Technik sie anschaffen müssten, damit sie Hybridunterricht machen könnten. Das ist aber vollkommen zu Recht nicht das Selbstverständnis der Pädagogen. Dies spiegelt sich auch in den Antworten auf die Umfrage wider. Der Mittelpunkt unserer Arbeit sollte es sein, Zielgruppengerechtigkeit und gute Pädagogik zu bieten, und zwar bei digitalen Angeboten ganz genauso wie bei anderen Angeboten. Das heißt, die Konzeptentwicklung und die Pädagogik in der digitalen Lernumgebung sind natürlich immens wichtig. Die VHS Ratingen hat dazu einen spannenden Satz in ihrer Antwort auf die Umfrage formuliert: Trotz der vielen Weiterbildungsmöglichkeiten für Lehrkräfte findet eine von der VHS bzw. von Seiten der Fachbereichsleitung unbegleitete Konzeptentwicklung von Online- oder Blended-Learning-Formaten seitens der Dozenten kaum statt. Das schreibt die VHS Ratingen. Das erleben wir alle. Es ist kein Selbstläufer, dass Lehrkräfte mit einem perfekten Konzept der Digitalisierung kommen. Wir sind es gewohnt, gemeinsam mit den Lehrkräften Konzepte zu erarbeiten. In den letzten Jahren war das aber eine ganz neue Herausforderung.

Die VHS Gladbeck hat dazu noch erwähnt, dass man das auch nicht erwarten kann, weil unsere Lehrkräfte – vorhin wurde das schon einmal erwähnt – dafür auch nicht

bezahlt werden. Menschen, die für eine Bezahlung arbeiten, wie wir sie bieten können, können ihre Konzepte nur in einem bestimmten Maß immer wieder umwerfen. Viele tun das, aber an vielen Stellen ist eben noch sehr viel möglich.

Für die VHS Neuss kann ich sagen: Wir haben eine Controlling-Größe, das ist die Neukonzipiert-Quote. Diese Neukonzipiert-Quote bekommt jeder Kurs, der neu konzipiert wurde. Wie Sie sich alle vorstellen können, ist die Neukonzipiert-Quote in der VHS Neuss in den letzten Jahren explodiert. In der VHS Neuss gibt es kaum noch einen Kurs, der in den letzten zwei Jahren nicht neu konzipiert wurde. Das ist nicht unbedingt normal. Zuvor hatten wir 20 % bis 30 % der Kurse neu konzipiert, was schon ziemlich gut war. Wenn aber so viel pädagogische Arbeit stattfinden muss, muss man auch immer schauen, wie es mit der Qualität und mit der Quantität aussieht. Es geht nicht darum, alles digital zu machen, sondern darum, dass Bildung bei digitalen Angeboten die gleiche Qualität wie bei analogen Angeboten hat. Ziel ist es also, immer die Qualität der digitalen Bildungsangebote und nicht die Technik im Vordergrund zu behalten.

Frau Professor Winther hat auch gesagt, dass wir nicht alle Zielgruppen erreichen konnten. Das stimmt. Auch da habe ich in den Antworten auf die Umfrage gelesen, dass es Ihnen allen ein großes Anliegen ist, dass die Bildungsschere aufgrund der Digitalisierung nicht weiter geöffnet wird, und dass wir alle nach Konzepten suchen, um diese Schere zu schließen. Viele von Ihnen sehen da noch Handlungsbedarf in den Institutionen, aber auch einen landesweiten Fortbildungsbedarf.

Den Fortbildungsbedarf hat auch die Katholische Erwachsenen- und Familienbildung im Erzbistum Paderborn betont, die gesagt hat: Eigentlich müssten wir unsere Lehrkräfte weiterentwickeln und uns mit Ihnen gemeinsam zu Lernweltgestaltern weiterentwickeln. Ich bin nicht sicher, ob sich dieser Begriff durchsetzen wird, weil er so lang ist. Dennoch ist er schön, und ich glaube, wir alle wissen, was damit gemeint ist.

Vielleicht noch ein letzter Punkt, der auch in den Antworten auf die Umfrage genannt worden ist, der Ihnen am Herzen liegt, wenn es um die Inhalte und um die Pädagogik geht. Viele haben gesagt, dass OER ein Thema für sie ist. Wir müssen uns überlegen, wie sich das Land und wie wir uns in NRW beim Thema „OER“ aufstellen und wie wir eine gemeinsame Strategie zu diesem Thema entwickeln und sie dann in die Einrichtungen bringen. Das sind die Rückmeldungen aus der Weiterbildungslandschaft zu diesem dritten Bereich.

Anna Hutnik (Landesverband der Volkshochschulen von NRW e. V.): Das heißt, wir haben drei Hauptbereiche definiert. Wir hatten einmal die Technik, dann das Personal und schließlich die Bildung, also die pädagogische Komponente. In diesen Bereichen können wir in den nächsten Jahren sehr viele weitere Entwicklungen erwarten. Marie und Thomas, vielen Dank, und auch allen anderen, die sich an der Umfrage beteiligt haben, vielen Dank. An dieser Stelle würden wir gern mit Ihnen darüber diskutieren, was Sie davon halten. Bevor wir in die Diskussion starten, nur ein ganz kurzer Blick zu Filip Dedeurwaerder-Haas und Elke Hülsmann: Gibt es Rückmeldungen aus dem Chat? – Nein. Das heißt, diejenigen, die vor den Rechnern sitzen, beobachten

und hören ganz genau zu, was wir sagen. Ich sehe schon die erste Rückmeldung von Frau Gesa Reisz.

Dr. Gesa Reisz (Volkshochschule Oberhausen): Ich spreche als Leiterin einer Volkshochschule in einer sehr armen Großstadt, in Oberhausen. Die Investitionen waren der erste Part. Dazu gehört es aber auch, das Was und das Wie zu eruieren. Die Frage, was angeschafft werden muss, ist selten von den Trägern beantwortet worden. Bei mir entscheidet das die verwaltende Kommune. Die weiß nicht unbedingt, welche Audio- oder Videobox besser für Frontalunterricht oder Gruppenprozesse taugt und welche mit den Programmen kompatibel ist. Das ist Wissen, das wir uns über unsere vernetzten Strukturen angeeignet haben. Oder um es glatt zu sagen: Wir haben uns mit den Kolleginnen und Kollegen unterhalten und gefragt: Was funktioniert denn bei dir und was hast du schon ausprobiert? Das ist tatsächlich auch eine Art von Kaufberatung bis hin zu der Frage: Wie setzt du etwas ein? Auch da sind wir in den vernetzten Austausch gegangen, weil es keine sachgerechte Beratung durch die Träger gibt und weil es die Technik nicht so einfach auf dem Markt zu kaufen gibt.

Die Professionalität, die wir für die Technik brauchen, ist beim Träger nicht so einfach vorhanden. In keinem Projekt und in keinem Zusammenhang damit wurde bis jetzt das dafür notwendige Personal vom Materialwart bis hin zu dem, der den Einsatz der Technik professionell strukturieren kann und neue Strukturen aufbaut, gefördert. Da wir dafür kein Personal hatten, sind wir während Corona in einer Situation gewesen, dass diese Leistungen, die wir von externen Unternehmen kaufen mussten, sehr teuer und mit Ausschreibungen etc. verbunden waren. Sie können sich vorstellen, wie schwierig das zu bewältigen war.

Bei der Digitalisierung wie auch bei vielen Themen unter Corona haben wir leicht verzögerte Reaktionen der Politik auf die Bedürfnisse der Weiterbildung bekommen. Das heißt, wir sind mit allem immer zwei Jahre später dran gewesen. Wir waren in der Pandemie auch nicht systemrelevant. Das waren immer nur Schule und Gesundheit. Wir hatten, wie auch Herr Deutsch in seinem Statement gesagt hat, eine Menge Datenschutzprobleme zu bewältigen, für die uns auch kein Sachverstand zur Verfügung stand. Da ist die Landschaft sehr vielfältig. Der eine Träger erlaubt cloudbasiertes Arbeiten, der andere nicht. Screenshots zum Nachweis bei Integrationskursen etc. sind bei einem Träger erlaubt, beim anderen nicht. All das hat einen juristischen Hintergrund. Wenn wir den nicht beachten, kann das sehr harte Konsequenzen haben. Das aufzufangen ist sehr schwierig und auch das bedeutet Investitionen. Dieses Wissen kostet Geld.

Wie schon Anfangs erwähnt wurde, sind wir weit entfernt von einer ausreichenden Finanzierung. Bei den Kommunen und den Weiterbildungsträgern wurde einmal an eine Drittfinanzierung gedacht. Wir nehmen immer mehr Teilnehmendenentgelte und immer mehr Geld unserer Träger in die Hand, um unsere Kernaufgabe erfüllen zu können. Während wir aber bei der Digitalisierung so viel Personalkapazitäten und Geld aus der Einrichtung herausaugen, fehlt das noch viel mehr, um auch bei der Bildung die gleichen Lebensverhältnisse herstellen zu können.

Bei der Digitalisierung haben wir einen Prozess, der sehr eng mit der politischen Bildung verschränkt ist, was mit digitaler Mündigkeit, digital Literacy etc. schon genannt wurde. Wir müssen die Menschen befähigen, mit der Digitalisierung emanzipiert umzugehen. Da wir alle vor Ort so prima vernetzt sind und uns auch sehr viel untereinander beraten, muss ich sagen: Diese Vernetzung ist zwar großartig, aber auch das ist eine sehr personalintensive Angelegenheit, für die bei anderen Aufgaben Zeit abgeht. Dafür brauchen wir Personal. Damit wir strukturiert Pädagogik machen können, haben wir einen großen Nachholbedarf.

Iris Witt (Die Landesarbeitsgemeinschaft für eine andere Weiterbildung [LAAW] e. V.): Ich bin Geschäftsführerin der Heinrich-Böll-Stiftung in Nordrhein-Westfalen und vertrete heute die Landesarbeitsgemeinschaft für eine andere Weiterbildung in Nordrhein-Westfalen. Erst einmal sage ich ein Dankeschön an die Arbeitsgruppe. In dem, was Sie drei vorgestellt haben, habe ich mich sehr wiedergefunden. Die Situation bei uns wurde – auch in der Ergänzung durch Gesa Reisz – gut dargestellt.

Mein Beitrag geht jetzt in eine ein bisschen andere Richtung. Ich möchte die Vorzüge oder Vorteile der Digitalisierung, die wir alle persönlich kennengelernt haben, ansprechen. Wir können digitalisierte Seminare ganz anders nutzen. Wir brauchen keine langen Anfahrtswege mehr. Insbesondere Eltern konnten an Seminaren teilnehmen, an denen sie sonst aus Zeitgründen nicht teilnehmen konnten. Das gilt insbesondere auch für mehrtägige Seminare. Das ist ein Plädoyer dafür, darüber nachzudenken, ob mehrtägige digitale Seminare auch förderfähig sind. Das halte ich aus unseren Erfahrungen für angebracht und auch für zukunftsgewandt. Das Weiterbildungsgesetz geht auch in die Zukunft. Denken Sie noch einmal darüber nach, Teilnehmer*innentage auch durch digitale Seminare anerkennen zu lassen.

Niklaas Hofmann (DGB-Bildungswerk NRW e. V.): Ich bin politischer Leiter des Erwachsenenbildungszentrums des DGB-Bildungswerks in Hattingen und heute auch in Funktion als Mitglied des Leitungsteams der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft in Nordrhein-Westfalen hier. Ich wollte noch einmal zwei Punkte aufgreifen, die heute schon angesprochen worden sind.

Das eine ist die Frage der Professionalisierung des Personals im Bereich der Weiterbildung. Wir alle haben festgestellt, dass Digitalisierung in diesem Bereich enorme Herausforderungen an alle Beschäftigten stellt. Der aktuelle QUA-LiS-Report verweist darauf, dass 90 % der Beschäftigten Honorarkräfte sind, deren Honorare nicht in dem Bereich liegen, dass man ohne weiteres die Übernahme zusätzlicher Aufgaben von den Kolleginnen und Kollegen erwarten kann. Das, glaube ich, ist eine zentrale Zukunftsherausforderung auch für uns als Gewerkschaft. Umso mehr wünschen wir, auch wenn wir den mutigen Schritt des Landtags anerkennen, dieses Format auch digital anzubieten, den Kolleginnen und Kollegen in Zukunft wieder die Möglichkeit zu geben, bei der Weiterbildungskonferenz mit zu diskutieren.

Der zweite Punkt, den ich als Vertreter einer Einrichtung gerne ansprechen wollte, ist, dass wir nach unseren Feststellungen für Formate, die digital stattfinden, erheblich mehr Personalaufwand haben. Wir sehen es auch hier bei dieser Veranstaltung, dass

wir neben der Moderation der eigentlichen Veranstaltung und der Moderation des Chats zusätzliches Personal für die Betreuung der Technik brauchen. Die Vorstellung, aus der Digitalisierung Effizienz zu gewinnen, hat sich für uns mit einem qualitativen pädagogischen Ansatz so nicht herausgestellt. Auch darüber muss diskutiert werden.

Noch ein dritter Punkt: Auch wir begrüßen die Entwicklungspauschale. Sie ist aber nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Wenn man digitales Marketing auf einem Niveau machen wollte, wie es professionelle Unternehmen tun, ist man schnell bei sechsstelligen Summen, die die Einrichtungen, die heute hier vertreten sind, nicht so einfach stemmen können. Wir stehen wirklich vor enormen Herausforderungen, sodass wir in Zukunft darüber diskutieren müssen, wie wir diesen Anforderungen und Wünschen gerecht werden können.

Uwe Frank Bauch (Volkshochschule Marl): Ganz kurz ein konkretes Beispiel dafür, wo wir im Bereich der Digitalisierung zusätzliches Personal brauchen: Wir haben über REACT-EU Mittel für 90 mobile Endgeräte für den zweiten Bildungsweg bekommen. Wir sind 2019 mit der Einrichtung in ein neues Gebäude umgezogen und hatten damit einen Startvorteil, weil das Gebäude für Digitalisierung optimal ausgestattet war. Ich hatte aber kein Personal dafür, um 120 mobile Endgeräte zu administrieren. Das können wir nicht einfach so nebenbei am Wochenende machen. Wir haben dringenden Handlungsbedarf. Wir müssen jetzt die Ausschreibungen für die mobilen Endgeräte durchführen. Das wird in aller nächster Zeit kommen. Wenn sie dann da sind, muss sich jemand darum kümmern. Das können die Pädagogen nicht nebenbei machen.

Anna Hutnik (Landesverband der Volkshochschulen von NRW e. V.): Vielen Dank, Herr Bauch. An dieser Stelle möchte ich mich bei Ihnen für alle Beiträge bedanken und darf jetzt die Pause ankündigen, die bis viertel nach vier dauern soll. Wir sehen uns also in 15 Minuten wieder.

(Unterbrechung von 16:00 bis 16:15 Uhr)

Block 2 - Neue Zielgruppen, Bildungsbedarfe

Dr. Dagmar Herbrecht (Evangelisches Erwachsenenbildungswerk Nordrhein e. V.): Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Mitglieder des Wissenschaftsausschusses, sehr geehrte Damen und Herrn! In der nächsten dreiviertel Stunde widmen wir uns dem Themenfeld „Neue Zielgruppen, Bildungsbedarfe“. Wir beginnen mit einer wissenschaftlichen Einordnung. Danach erwarten Sie drei Praxisbeispiele aus unterschiedlichen Bildungsbereichen, und im Anschluss gibt es wieder Raum für Ihre Impulse. Ich freue mich sehr, dass wir Professor Dr. Halit Öztürk von der Universität Münster für den wissenschaftliche Impuls gewinnen konnten. Er leitet in Münster den Arbeitsbereich Erwachsenenbildung/Weiterbildung. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehört die Diversitätsorientierung in der Weiterbildung. Er hat seine Einordnung für uns aufgezeichnet, und wir sehen jetzt das Video.

Prof. Dr. Halit Öztürk (Universität Münster [per Video zugeschaltet]): Sehr geehrte Teilnehmende der Weiterbildungskonferenz Nordrhein-Westfalen! Meinen kurzen Videobeitrag möchte ich mit einem Zitat des Dichters Ernst Ferstl beginnen. Er sagt:

Wir brauchen unsere Schubladen. Aber Menschen haben dort weder etwas verloren – noch etwas zu suchen.

Doch leider ist dies im Alltag oft der Fall, und es macht auch vor der Erwachsenenbildung nicht halt. Dank der engagierten Menschen und Organisationen, die dieser Weiterbildungskonferenz beiwohnen, ist das Bewusstsein für einen sensiblen Umgang stark gewachsen. Die Weiterbildungsforschung versucht ebenfalls, hier Abhilfe zu schaffen. Zurecht hat sich deshalb der Bereich der Zielgruppenforschung etabliert, um die Bedingungen für das Gelingen einer gleichberechtigten Bildungsteilhabe zu identifizieren, was aber nicht bedeutet, dass über die Zielgruppenforschung nicht ebenfalls kontrovers diskutiert wird. Dies möchte ich Ihnen im Folgenden anhand meiner zwei thematischen Schwerpunkte komprimiert verdeutlichen, nämlich am Beispiel von Erwachsenen mit geringen Lese- und Schreibkompetenzen und am Beispiel von Erwachsenen mit einem sogenannten Migrationshintergrund. Auch wenn es sich mit Blick auf das Konferenzthema „Neue Zielgruppen, Bildungsbedarfe“ bei diesen beiden Gruppen zeitlich gesehen nicht um neue Zielgruppen handelt, möchte ich diese beiden Gruppen beispielhaft in den Fokus rücken, um gemeinsam mit Ihnen schon bestehende Zielgruppenkonstrukte neu zu betrachten.

Starten wir mit den gering qualifizierten Erwachsenen. Beispielsweise untersuchen wir im aktuellen Forschungsprojekt DiAnA Ansprechwege für Angebote der Alphabetisierung und Grundbildung in digitalen Räumen. Wir wissen einerseits um die hohe Zahl an Erwachsenen mit geringen Lese- und Schreibkompetenzen. Andererseits wissen wir auch, dass deren Erreichbarkeit und Gewinnung für entsprechende Angebote eine zentrale Herausforderung darstellt. Welche Rolle dabei digitale Medien für ein zielgerechte Ansprache spielen können, untersuchen wir derzeit, wie schon gesagt, im Rahmen dieses Forschungsprojekts DiAnA.

Hierbei zeichnet sich bereits die schwierige Balance zwischen der adressatengerechten Ansprache und passgenauen Angeboten ab. Noch deutlicher zeigt sich dieses Spannungsfeld am Beispiel von Erwachsenen mit einem sogenannten Migrationshintergrund, die mitunter als homogene Zielgruppe der Erwachsenenweiterbildung wahrgenommen werden. Wie die Abbildung hier zeigt, hängt das Merkmal des Migrationshintergrundes nur in sehr spezifischen Ausprägungen mit der Weiterbildungsteilhabe zusammen. Kurzum, der Migrationshintergrund ist keine geeignete Kategorie, um eine gemeinsame Bildungsbenachteiligung festzustellen, denn die so kategorisierten Personen sind auch, wie Sie wissen, sehr vielfältig. Deshalb gilt es, sehr genau zu differenzieren, welche Personen auf welche Weise von welchen Benachteiligungen betroffen sind.

Diese Beispiele zeigen uns die Grenzen und die Gefahren von Zielgruppenansätzen, denn eine pauschale Zuschreibung sowohl von gemeinsamer Bildungsbenachteiligung als auch von pauschalen Bildungsbedarfen entspricht nicht der Realität. Auch losgelöst von den zuvor genannten Beispielen befinden sich Zielgruppenansätze in einem Spannungsfeld aus Chancen und Risiken.

Was heißt dies nun für die Weiterbildungspraxis? Aufgrund dieses Spannungsfeldes sind insbesondere unsere Weiterbildungsorganisationen in erhöhtem Maße gefordert, denn einerseits ist es notwendig, systematisch unterrepräsentierte Zielgruppen in den Blick zu nehmen. Andererseits erfordert dieses Indenblicknehmen einen reflexiven und individuumorientierten Umgang mit Gruppenkonstrukten, der nicht homogenisierend vorgeht, sondern angenommene Bildungsbedarfe konstant mit den tatsächlichen Bedürfnissen von Erwachsenen abwägt. Dies stellt insbesondere erhöhte Anforderungen an die Professionalität der in der Erwachsenenbildung Tätigen dar. Dies erfordert deshalb erstens eine konstante Qualifizierung und zweitens reflexive Räume, in denen das eigene professionelle Handeln sowie der Einfluss organisatorischer Rahmenbedingungen besprochen und weiterentwickelt werden. Hilfreich für diesen Professionalisierungsprozess ist dabei auch eine stärkere Verzahnung von Wissenschaft und Praxis, die Brücken zwischen theoretischen Perspektiven und praktischen Anforderungen von Problemlagen schlägt und Synergien schafft.

Um diese drei Punkte realisieren zu können, bedarf es in erster Linie zeitlicher sowie personeller und damit nicht zuletzt auch guter finanzieller Ressourcen. Für eine bedarfsgerechte, attraktive und zukunftsfeste Erwachsenenbildung und Weiterbildung in Nordrhein-Westfalen und Deutschland heißt das auch, glaubwürdige finanzielle Anreize und Unterstützung für Lernende und Lehrende, aber auch für unsere gemeinwohlorientierten Weiterbildungseinrichtungen zu schaffen.

Soweit in aller Kürze und Schnelle mein Vortrag. Ich danke Ihnen ganz herzlich und wünsche uns eine weiterhin verlässliche und gelingende Bildungsarbeit und eine erfolgreiche Weiterbildungskonferenz.

Dr. Dagmar Herbrecht (Evangelisches Erwachsenenbildungswerk Nordrhein e. V.):

Sehr herzlichen Dank, Herr Dr. Öztürk, für diese Einordnung. Ich greife noch einmal die Punkte auf, die wir gleich in den Praxisbeispielen wiederfinden. Zielgruppe ist ein unspezifischer Begriff. Wenn wir Menschen mit unseren Bildungsangeboten erreichen wollen, müssen wir uns von Gruppenkonstrukten lösen und diversitätsorientiert planen. Notwendig ist eine individuumorientierte Ansprache. Ein zugeschriebener Bildungsbedarf sagt noch lange nichts darüber aus, ob Menschen diesen Bedarf decken wollen. Lust auf Bildung entsteht da, wo aus dem Bedarf ein eigenes Bildungsbedürfnis wird. Um dieses Bildungsbedürfnis zu wecken, sind individuumorientierte Anreize notwendig. Die gemeinwohlorientierte Weiterbildung will diese Anforderungen erfüllen. Dafür braucht sie Professionalität und gute Ressourcen.

Die Beispiele, die Sie nun sehen, kommen aus den Bereichen Familienbildung, Bildung für nachhaltige Entwicklung und Qualifizierung von Kursleitungen, Erzieher*innen und Eltern. Auch die Beispiele haben wir aufgezeichnet. Jedes dieser drei Beispiele hat eine Länge von etwa fünf Minuten.

(Einspielung von Filmen über folgende Projekte:

1. „Café Kinderwagen“, Familienprojekt der evangelischen Weiterbildung in Düsseldorf-Oberbilk

2. Bildungsprojekt „Nachhaltige Entwicklung“ des Wissenschaftsladens Bonn
3. „Singfinger – Gebärden mit Spaß – für alle, Projekt der evangelischen Erwachsenenbildung an Sieg und Rhein)

Die allgemeine Weiterbildung kann Bildungsbedürfnisse wecken und sie kann mit diversitätsentsprechenden Angeboten darauf eingehen. Das haben wir gerade gesehen.

Alle drei Beispiele haben aber auch Elemente, die sich heute noch nicht in der Regelförderung darstellen lassen. Die Bildungsformate, die es ermöglichen, das Bildungsbedürfnis zu wecken, entsprechen nicht ganz den Kriterien einer Weiterbildungsveranstaltung. Frau Lehmann gestaltet einen offenen Nachmittag im Garten, um die Bewohnerinnen eines Wohnkomplexes anzusprechen. Das würde ich vom aktuellen Gesetz als Regelangebot gedeckt sehen. Frau Eisele produziert und veröffentlicht Videos als Teaser. Frau Günter geht mit dem Kinderwagen spazieren, um Kontakte zu jungen Eltern zu knüpfen. Das alles ist personal- und kostenintensiv, und es läuft zusätzlich zu den Pflichtprogrammen, in denen die nachweisbaren Unterrichtsstunden durchgeführt werden.

Zwei der drei Projekte konnten nur mit zusätzlichen Projektmitteln durchgeführt werden, die, wie wir alle wissen, begrenzt sind. So werden zum Beispiel im Rahmen der Weiterbildung für Singfinger keine neuen Videos mehr produziert werden. Bildungsformate, die gut angenommen werden, erhalten oft keine Anschlussförderung, keine weitere Projektförderung. Sie können aber auch nicht ins Regelprogramm übernommen werden. Da fehlt mir tatsächlich noch die Nachhaltigkeit unseres Tuns.

Wir brauchen wirklich die Regelung der individuumorientierten Zugänge. Das bezeichnen wir mit dem Stichwort „niederschwellig“. Ich bin gespannt, wie wir das mit dem neuen Regelwerk und dem Mut, den Herr Kaiser eben noch von uns gefordert hat, schaffen können, und hoffe, dass wir damit gut auf die Wege kommen. Die bisher anerkannten Formate – das haben wir vorher auch schon gehört – sind nachweisbare Unterrichtsstunden. Sie setzen in den meisten Fällen auch die bildungsaffinen Zielgruppen voraus. Das ist meine Schlussfolgerung, und jetzt freue ich mich auf ihre Impulse.

Dr. Gesa Reisz (Volkshochschule Oberhausen): Ich melde mich wieder aus Oberhausen und berichte darüber, was wir uns zum Thema „Inklusion“ überlegt haben. Wir alle wissen, der Raum ist auch ein Pädagoge. Architektur und Innenarchitektur haben allgemein, aber vor allem auch für Inklusion einen hohen Stellenwert. Räume, Zugänge und die offenen Räume wie zum Beispiel Cafés, Räume für Kommunikation oder niederschwellige Beratung müssen so geplant werden, dass sie für jeden zugänglich sind, ohne dass er wieder fliehen möchte. Das schließt nicht nur alle Arten von Handicaps ein, sondern auch Psycho- und Neurodiversität. Das erfordert Professionalität und einen Austausch darüber, wo wir noch nicht so weit sind, wie wir sein wollten. Auch für die Finanzierung der Weiterbildungseinrichtungen – das schließt auch Bibliotheken usw. mit ein – steht bei den armen Kommunen und Trägern nicht so viel Geld zur Verfügung, um das so herzustellen. Dafür wird noch sehr viel an Investition, an Netzwerkarbeit und Expertise notwendig sein.

Wir haben bei Projekten aber auch festgestellt – und das trifft immer wieder zu, wie zum Beispiel beim kommunalen Integrationsmanagement, bei dem wir in der Kommune einbezogen werden, weil wir der mit allen Weiterbildungseinrichtungen bekannte Netzwerkpartner sind –, dass die Förderstrukturen das nicht zulassen, was man vor Ort tun möchte, denn bei KIM ist zum Beispiel Casemanagement mit enthalten, und die Kommune hätte gerne eine Bildungsberatung gehabt. Die gibt es aber nicht. Also tun wir in den Weiterbildungseinrichtungen weiterhin das, was wir vorher auch schon getan haben. Es gibt eine Verweisberatung; die Menschen werden mit ihrer gesamten Bildungskette zu uns geschickt, und wir sind die einzigen, die wirklich alle Lücken und alle Kettenglieder finden, um sie zusammenzufügen und nachzuplanen. Für die gesamte Landschaft wäre es gut, wenn wir in diese Projekte auch mit anderen Ministerien und anderen Partnern einbezogen würden.

Für das, was Integration, Inklusion und Diversität vor Ort betrifft, ist bei der Bildung – meistens ist es die schulische Bildung – die datenbasierte Bildungsplanung das Thema. Datenbasen zu schaffen, kostet auch Geld. Oft sollten die Kommunen diese Datenbasen herstellen und auch für die Weiterbildungslandschaft transparent machen. Das ist aber nicht für alle Kommunen so klar. In den Projekten, die es insgesamt in der Weiterbildungslandschaft gibt, ist es auch nicht so finanziert, dass wir für die Weiterbildung wirklich valide Daten bekommen, wenn wir nicht Extraprojekte beantragen oder in der Kommune jeweils eine große Förderung bekommen.

Auch da brauchen wir eine Netzwerkpräsenz. Auch da müssen wir miteinander arbeiten und brauchen Professionalität bei der Frage, welche denn die Zielgruppen sind, die gemäß dem Vortrag sinnvoll sind und wie wir sie erreichen. Dazu brauchen wir tatsächlich Forschung und Austausch. Auch da gilt: Netzwerk braucht Zeit. Pädagogische Professionalität haben wir. Wir hätten gerne mehr Zeit für pädagogische Professionalität.

Frauke Rohlf (Evangelisches Erwachsenenbildungswerk Nordrhein e. V.): Ich möchte gerne eine Kollegin von mir zitieren, die sagte: Entscheidend für eine gute Zusammenarbeit ist die Haltung, mit der ich den Menschen begegne. Das ist gerade bei der Arbeit mit bestimmten Zielgruppen noch einmal eine Herausforderung für uns als Weiterbildungsprofis und auch für die Kursleitenden und die HPMs. Dazu wünsche ich mir mehr Möglichkeiten, an Fortbildungen teilzunehmen, und zwar einerseits an fachlichen Fortbildungen, andererseits aber auch an Haltungsschulen. Wenn die Evaluation des Weiterbildungsgesetzes in Angriff genommen wird, sollte auch darauf geachtet werden, wie denn die Fortbildungen gefördert werden können. Das ist bisher leider relativ wenig möglich. Die Freiberuflichen bekommen dafür keine Finanzierung. Bisher ist es nicht so einfach, sie dafür zu gewinnen. Da könnte ich mir eine Weiterentwicklung vorstellen. Vielen Dank.

Dr. Gesa Reisz (Volkshochschule Oberhausen): Auf der Regionalkonferenz haben wir es aus guten fachlichen Gründen sehr bedauert, dass es die Landessprachförderkurse nicht mehr gibt. Jetzt haben wir eine neue Zielgruppe, die bei uns eintrifft. Um Bildung für alle Zielgruppen zu ermöglichen, stellt sich die Frage, ob wir Menschen,

die jetzt gerade hier traumatisiert eintreffen, in Integrationskurse mit 20 Wochenstunden stecken sollen, oder ob wir für sie eine Förderung einsetzen sollen, um eine Erstintegration in die Gesellschaft nach der Flucht zu ermöglichen.

Antje Rösener (Ev. Erwachsenenbildungswerk Westfalen und Lippe e. V.): Darauf möchte ich gerne kurz eingehen, weil das die Herausforderung der nächsten Monate sein wird. Auch die BAMF-Sprachkurse haben solche Bedingungen, die dringend reformbedürftig sind. Da würde ich die Politik dringend bitten, sich für eine Reform einzusetzen. Unter Herrn Seehofer war da nicht so viel möglich. Evaluation stand da zwar immer im Programm, aber Ergebnisse habe ich noch nicht gesehen. Bei der großen Teilnehmerzahl pro Kurs gibt es horrende Durchfallquoten, was nicht unbedingt den Teilnehmern, sondern diesen großen Gruppen und dann noch der Tatsache anzulasten ist, dass in diesen Kursen Leute, die promoviert haben, mit Leuten zusammensitzen, die gerade vier Jahre lang auf die Grundschule gegangen sind. Wenn wir jetzt wieder vor dieser Herausforderung stehen, wäre es wirklich gut, wenn wir schnell bessere Voraussetzungen als 2015/2016 schaffen. In den letzten Jahren haben sich die Bedingungen der BAMF-Sprachkurse eher verschlechtert als verbessert. Die Bitte, das von Landesseite Angebote geschaffen werden können, möchte ich auch unterstützen. Damit hat man ganz andere Chancen, Integration in den Arbeitsmarkt und Integration in die Gesellschaft zu ermöglichen, als wenn wieder Jahre ins Land ziehen.

Dr. Dagmar Herbrecht (Evangelisches Erwachsenenbildungswerk Nordrhein e. V.): Habe ich niemand mehr übersehen? – Dann übergebe ich direkt an Herrn Mintert für die letzte thematische Einheit.

Block 3 - Bildungsgerechtigkeit

Dr. David Mintert (Arbeit und Leben DGB/VHS Nordrhein-Westfalen e. V.): Sehr geehrter Vorsitzender, sehr geehrter Herr Staatssekretär, sehr geehrte Abgeordnete und liebe Kolleginnen und Kollegen! Mein Name ist David Mintert. Ich bin Geschäftsführer der Landesarbeitsgemeinschaft Arbeit und Leben, getragen vom Deutschen Gewerkschaftsbund und den Volkshochschulen in Nordrhein-Westfalen. Wir, die gewerkschaftsnahen Einrichtungen, haben Gerechtigkeit natürlich in unserer DNA. Aber Bildungsgerechtigkeit ist ein Kernthema für die gesamte gemeinwohlorientierte Weiterbildung. Weiterbildung muss für die Menschen da sein, ohne Hürden, zugangsoffen, fair und barrierefrei für alle.

Empirische Vergleichsstudien belegen dagegen immer noch den engen Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg. Spätestens mit dem Ende der Grundschule beginnen Selektionsmechanismen zu wirken, die im Ergebnis viel zu häufig die bestehenden Verhältnisse weiter reproduzieren und sogar verfestigen. Das haben wir heute Nachmittag schon in dem Beitrag von Frau Professor Winther gehört. So werden der Aufstieg durch Bildung, den Herr Staatssekretär angesprochen hat, erschwert und gesellschaftliche Schief lagen zementiert.

Weiterbildung ist dabei prinzipiell eine Möglichkeit, um gegenzusteuern. Auch wir haben in der Vorbereitung eine Stimme aus der Wissenschaft eingeholt und mitgebracht. Ich bitte Herrn Mentzel, den ersten Film vorzubereiten. Wir werden jetzt Herrn Dr. Michael Schemmann, Professor für Erwachsenen- und Weiterbildung an der Universität zu Köln, mit einem kurzen Statement hören.

Prof. Dr. Michael Schemmann (Universität Köln [per Video zugeschaltet]): Bildungsgerechtigkeit bzw. Weiterbildungsgerechtigkeit ist die Basis demokratischer Gesellschaften. Ziel öffentlich geförderter Weiterbildung sollte es sein, Bildungsgerechtigkeit herzustellen. Für die Weiterbildungsgerechtigkeit gibt es keine wichtigere Grundvoraussetzung als eine verlässlich gut ausgebaute Weiterbildungs- und Angebotsstruktur. Insofern weist das novellierte Weiterbildungsgesetz mit der Stärkung verlässlicher Strukturen in Nordrhein-Westfalen in die richtige Richtung.

Auch wenn die Innovationspfade, die im Blick auf die Digitalisierung der Weiterbildung während der Pandemie beschritten worden sind, beachtlich sind, dürfen sie nicht darüber hinwegtäuschen, dass organisierte Weiterbildungsangebote der Schlüssel zu Bildungsgerechtigkeit sind. Wir dürfen im Lichte der Digitalisierungseuphorie selbst organisierte informelle Bildung nicht gegen die organisierten Angebote ausspielen. Aus verschiedenen Untersuchungen wissen wir, dass selbst organisiertes Lernen das Matthäus-Prinzip und damit die Bildungsungerechtigkeit verstärkt.

Aus einer aktuell laufenden Studie an der Universität zu Köln zum Kursabbruch in Alphabetisierung und Grundbildung wissen wir zudem, dass wir zur Bildungsgerechtigkeit den Blick auf die Bedingungen der Teilnahme richten müssen. Wenn wir die Ziele der Weiterbildung, nämlich die Förderung und Ermöglichung von gesellschaftlicher Partizipation durch Bildung ernst nehmen, fängt Bildungsgerechtigkeit bei den Bedingungen der Teilnahme an. Zu den Bedingungen der Teilnahme gehört einmal mehr auch die verlässliche Weiterbildungsstruktur.

Dr. David Mintert (Arbeit und Leben DGB/VHS Nordrhein-Westfalen e. V.): Frau Rösener hat die gleiche Lieblingsstelle im Weiterbildungsgesetz, die auch ich habe. Das Weiterbildungsgesetz definiert nämlich ein Recht auf Weiterbildung und bezieht darin alle erforderlichen Kenntnisse und Qualifikationen mit ein, die zur freien Wahl des Berufs und zur freien Entfaltung der Persönlichkeit notwendig sind. Der zweite Aspekt gerät unter dem Primat der ökonomischen Verwertbarkeit von Weiterbildung häufig zu sehr aus dem Blick. Uns geht es darum, gesellschaftliche Teilhabe in allen Bereichen zu ermöglichen und damit Schlüsselqualifikationen für die Demokratie bereitzustellen. Wir wollen uns nicht nur darauf beschränken, die Beschäftigungsfähigkeit zu verbessern oder zu erhalten.

Auch wir, die gemeinwohlorientierte Weiterbildung, sind wirtschaftlichen Zwängen unterworfen. Das ist auch zur Sprache gekommen, und daran ändert auch das novellierte Weiterbildungsgesetz nichts. Wir müssen uns am Markt gegenüber kommerziellen Konkurrent*innen behaupten und – auch das hat Frau Rösener schon gesagt – ein Drittel unserer Haushalte über Beiträge unserer Teilnehmer*innen finanzieren.

Bildungsgerechtigkeit setzt aber unentgeltliche Angebote voraus. Je höher die finanzielle Hürde ist, desto weniger werden wir die Menschen erreichen, die am dringendsten Weiterbildung benötigen. Dann sind wir nicht mehr kompensatorisch wirksam, sondern verstärken sogar die Ungerechtigkeiten. Herr Schemmann hat es benannt, das sogenannte Matthäus-Prinzip.

Die gemeinwohlorientierte Weiterbildung stellt sich diesen Herausforderungen trotz schwieriger Rahmenbedingungen. Auch wir haben drei Beispiele mitgebracht, drei kurze Filme, die einen guten Einblick in die vielfältige Praxis der Weiterbildungslandschaft bieten. Die ausgewählten Themen sind aus unserer Sicht zentral für mehr Bildungsgerechtigkeit. Es geht um nachholende Schulabschlusskurse als Beispiel für kompensatorische Grundbildungsangebote. Außerdem werden wir die Herausforderung der Bildungsarbeit für Menschen mit geistiger Behinderung als Beispiel für inklusive Bildung beleuchten. Und – die Bedeutung hat der Staatssekretär schon betont – es geht um niederschwellige politische Bildung im Stadtteil als Beispiel für aufsuchende sozialraumorientierte Zielgruppenarbeit. Zu jedem Beispiel gibt es ein kurzes Video. Wir zeigen sie nicht hintereinander weg, sondern werden sie nacheinander ansehen und danach kommentieren und darüber diskutieren.

Wir beginnen mit dem zweiten Bildungsweg. Das Nachholen von Schulabschlüssen öffnet Türen und ist elementar wichtig für ein gerechteres Bildungssystem. Auf diesem Gebiet sind die Volkshochschulen Experten. Unser erstes Beispiel stammt deshalb vom College der Volkshochschule Aachen. In das Thema wird uns Frau Dr. Sophia Schmidt einführen. Sie ist Referentin beim Landesverband der Volkshochschulen.

Dr. Sophia Schmidt (Landesverband der Volkshochschulen von NRW e. V.): Ich möchte nur ganz kurz ein paar Worte zum zweiten Bildungsweg an Volkshochschulen und anderen Einrichtungen sagen. Jedes Jahr verlassen in Nordrhein-Westfalen zirka 10.000 Schüler*innen die Regelschulen ohne einen Abschluss. Viele davon erlangen nicht den von ihnen selbst angestrebten Abschluss. Hierbei handelt es sich überproportional häufig um Personen, die nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, sowie um Personen aus bildungsfernen Haushalten. Wir haben es gerade gehört: Das Matthäus-Prinzip verstärkt sich auch hier.

Volkshochschulen und Weiterbildungseinrichtungen in anderer Trägerschaft bieten nachholende Schulabschlüsse an, und das sind der Hauptschulabschluss und der mittlere Schulabschluss. Sie bieten damit ihren Zielgruppen eine zweite Chance und sorgen so für echte Bildungschancen und Bildungsgerechtigkeit. In einer digitalisierten und globalisierten Welt ist ein Schulabschluss die unabdingbare Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe sowie den Eintritt in den ersten Arbeitsmarkt. Im folgenden Film über das College der Volkshochschule Aachen lernen Sie Teilnehmende kennen, die sich erfolgreich auf den Weg gemacht haben, ihre Zukunft selbst wirksam zu gestalten.

(Einspielung des Films über das College an der Volkshochschule Aachen)

Dr. David Mintert (Arbeit und Leben DGB/VHS Nordrhein-Westfalen e. V.): Soweit der Blick in den Alltag des zweiten Bildungswegs. Unter uns ist auch die Direktorin der Volkshochschule Aachen, in deren Arbeit wir gerade reingeguckt haben. Frau Dr. Beate Blüggel wird jetzt sagen, wo der zweite Bildungsweg steht. In letzter Zeit ist viel passiert. Aber was fehlt noch?

Dr. Beate Blüggel (Volkshochschule Aachen): Ich bin Leiterin der VHS Aachen und möchte mich als allererstes bedanken, weil der zweite Bildungsweg tatsächlich einer der Gewinner des neuen Weiterbildungsgesetzes ist. Das ist ganz klar. Das stand schon im Koalitionsvertrag, und es ist deutlich. Dafür ein herzliches Dankeschön.

Man könnte auch sagen, es ist schlecht investiertes Geld, denn eigentlich brauchen wir den zweiten Bildungsweg gar nicht mehr. Das Regelschulsystem wird immer besser und differenzierter. Frau Dr. Schmidt hat eben schon die Zahl genannt: 10.000 haben keinen Abschluss. Ich glaube, dass es in Wirklichkeit mehr sind und dass es eine deutliche Dunkelziffer gibt. Ich spreche immer von einem Bermudadreieck, das sich nach den Meldungen der Schulaufsicht am Ende des Regelschulsystems befindet. Das will ich aber gar nicht weiter vertiefen.

Auf eines können wir uns alle sehr schnell einigen: Corona war sicherlich ein Beschleuniger dafür, dass wir in den nächsten Jahren mit Sicherheit viel zu tun haben werden. Traurigerweise ist das so. Deshalb war die Entscheidung, den zweiten Bildungsweg an den Volkshochschulen auszubauen, eine gute Entscheidung, auch wenn man noch nicht wissen konnte, dass Corona kommen würde.

Aber ich will nicht nur danken, ich will auch konkret sagen: Die Vorkurse, die wir jetzt durchführen, und die sozialpädagogische Förderung, die mit aufgenommen worden ist, sind wunderbar. Es ist aber immer noch Luft nach oben. Mir fallen zwei Punkte ein, die wir im Vergleich mit dem Regelschulsystem noch fordern müssen und die bei uns anders sind. Ich sage es einmal provokant: Es ist die Altersdiskriminierung, weil die Inklusion nicht gefördert wird. Menschen, die eine Beeinträchtigung haben, können im Regelschulsystem auf dem ersten Bildungsweg weiterkommen. Bei uns können sie das nicht, wenn wir nicht eine ganz exorbitante kommunale Unterstützung bekommen. Deshalb müssen wir fordern, dass Menschen mit einer Beeinträchtigung bei uns genauso gefördert werden können, wie das bei Kindern und Jugendlichen der Fall ist. Wir haben auch Teilnehmende aus Förderschulen, die zu uns kommen. Das sind nicht wenige, die mir ihrem Förderschulabschluss keine Aussicht auf eine Ausbildung haben, die deshalb nicht mehr weiterkommen und bei uns gut aufgehoben wären.

Der zweite Punkt ist für mich die Abordnung von Lehrkräften aus dem Regelschulsystem, die aktuell nicht möglich ist. Das ist mir gerade noch einmal aus dem College bestätigt worden. Das hängt damit zusammen, dass wir kommunale Beschäftigte haben. Dabei gibt es Beispiele dafür, dass das doch möglich ist. Wir haben kommunale Integrationszentren oder regionale Bildungsbüros, und dorthin sind Lehrkräfte aus dem Regelschulsystem abgeordnet. Theoretisch ist das möglich. Es wäre schön, wenn das bei uns auch möglich gemacht werden könnte.

Die Unterstützung der Digitalisierung hat Herr Bauch eben schon angesprochen. Auch wir haben über REACT-EU I-Pads bestellt und fragen uns, wer die warten soll. Das fragen wir uns nicht nur für den zweiten Bildungsweg, sondern auch für die anderen Angebote. Dieses Thema steht noch an. Wir brauchen mehr Geld. Wir brauchen eine Erhöhung der Mindeststunden. In der Vergangenheit ist einiges über den ESF aufgefangen worden, aber das ist keine verlässliche Quelle. Das kann man so nicht beibehalten. Der ESF ist so bürokratisch, dass sich sehr viele immer weiter daraus zurückziehen. Böse Zungen behaupten, dass der hohe bürokratische Aufwand Absicht wäre, damit man weniger Mittel nicht abrufen kann. Ich will das nicht verifizieren.

Ich habe auch eine Idee, woher das Geld kommen könnte. Die Abendgymnasien und Abendrealschulen sind immer weiter abgebaut worden. In der Region Aachen sind zuerst das Abendgymnasium und dann die Abendrealschule geschlossen und dem Weiterbildungskolleg zugeführt worden. Ganz aktuell wird berichtet, dass es da einen ganz dramatischen Rückgang gibt und dass man nicht weiß, wie lange man das noch betreiben kann. Ich glaube, dass das an den Regularien des Regelschulsystems liegt, dem auch diese Einrichtungen unterworfen sind. Ich behaupte, wir können es besser, und frage mich, was mit den Mitteln geschieht, die dadurch frei geworden sind.

Als Letztes gestatten Sie mir eine Bitte: Mit der Förderung nach § 13a sollen auch Beratungsangebote vernetzt werden, die auch dem zweiten Bildungsweg zugutekommen sollen. Diese Förderung darf aber keine Projektförderung mehr sein. Es kann nicht sein, dass man das nur machen darf, wenn man groß genug ist und 20 % selber beibringen kann.

Trotzdem noch einmal mein Dank am Ende. Ich glaube, wir haben ein richtiges Erfolgssystem, und es kann noch besser werden. Danke schön,

Dr. David Mintert (Arbeit und Leben DGB/VHS Nordrhein-Westfalen e. V.): Danke schön, Beate. Ich möchte Sie an der Stelle einladen – diese Einladung gilt übrigens auch ausdrücklich für die Abgeordneten und für den Chat – Kommentare abzugeben. Sie können gerne Kommentare in den Chat schreiben.

Uwe Frank Bauch (Volkshochschule Marl): Ich kann das, was Beate Blüggel gerade gesagt hat, nur unterstützen. Auch bei uns tauchen im zweiten Bildungsweg immer mehr Schüler aus dem Inklusionsbereich auf. Wir haben dafür noch keine solide Lösung, denn unser Lehrkollegium besteht in der Regel aus nebenamtlichen pädagogischen Kräften. Wenn ich in dieses Lehrkollegium hineinkomme, senke ich den Altersschnitt, obwohl ich auch nicht mehr ganz so jung bin. Das ist schon problematisch. Wir müssen daher überlegen, was wir mit diesem Lehrkollegium machen, damit sie mit Inklusionsjugendlichen und Inklusionskindern umgehen können. Im Weiterbildungsgesetz gibt es die Möglichkeit der sozialpädagogischen Unterstützung. In der Regelschule betreut eine sozialpädagogische Kraft, eine Schulbegleiterin, einen Inklusionsschüler den ganzen Tag. Diese Möglichkeiten fehlen mir.

Beim Weiterbildungskolleg haben wir genau das gleiche Problem. Das Weiterbildungskolleg hat immer weniger Schüler, aber ganz viele Lehrer, und davon hätten wir gerne ein paar.

Claudia Jardin (Deutsches Rotes Kreuz Kreisverband Duisburg e. V.): Ich bin Geschäftsführerin der DRK-Landesarbeitsgemeinschaft Familienbildung und Weiterbildung in NRW. Ich freue mich sehr, dass der zweite Bildungsweg so gut ausgebaut wurde und diese Aufmerksamkeit bekommen hat. Nachdem ich aus der Familienbildung komme, möchte ich dafür plädieren, noch einmal deutlich zu machen, dass es auch mit der Bildungskette funktionieren sollte. Wir führen das fort, womit wir ganz zu Anfang in der Familienbildung beginnen können. Wir können nämlich auch Familien auffangen und für Bildungsgerechtigkeit sorgen. Über eine Art Bildungskette muss auch nachgedacht werden. Das zu sagen, ist mir ganz wichtig. Deshalb soll auch die Familienbildung stärker gefördert werden.

Sigrid Beer (GRÜNE): Herzlichen Dank für die Einladung. Ich bin eigentlich eher zum Zuhören hier, möchte aber auf das, was Herr Bauch und Beate Blüggel gesagt haben, reagieren. Ich halte den Gedanken, einmal die Schubladen aufzumachen und zu sehen, wie man Angebote zusammenführen kann, für richtig. Dass in den Weiterbildungskollegs Rückgänge zu verzeichnen sind, ist so. Es werden viele geschlossen. Ich habe keine Vorstellung davon, was die Schulministerin mit den Ressourcen anders machen will. Wir sollten aber diese Angebote zusammenführen.

Dass die Inklusion hier angesprochen wird, halte ich auch für richtig. Das ist aber noch mehr, als Sozialpädagoginnen und Sozialarbeiter hinzuzufügen. Das, was Sie angesprochen haben, sind die Inklusionsassistenzen. Auch dafür müssten wir die Förderung ergänzen. Ich halte es für wichtig, darüber nachzudenken und das in den Beratungseinheiten der Weiterbildungslandschaft zu thematisieren. Auch so eine Unterstützung muss in der Bildungsbiografie vorhanden sein. Ich würde darüber auch gerne mit der Arbeitsagentur sprechen. Auch das sollte man mit einbeziehen.

Dr. David Mintert (Arbeit und Leben DGB/VHS Nordrhein-Westfalen e. V.): Das war jetzt eine gute Überleitung, denn mit Inklusion geht es jetzt weiter. Seit 1994 findet sich in Artikel 3 des Grundgesetzes der Satz: „Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.“ Das gilt selbstverständlich auch für die Teilhabe an Bildung. Das neue Weiterbildungsgesetz gibt es den Weiterbildungseinrichtungen als explizite Aufgabe mit, die Teilnahme von Menschen mit Behinderungen möglichst zu erleichtern. Wie sieht das in der Praxis aus? Welchen Herausforderungen müssen sich die Einrichtungen stellen? Das wird das Beispiel der Lebenshilfe als Teil der paritätischen Akademie NRW zeigen. Einleiten zum Thema wird freundlicher Weise Frank Terlinden. Er ist Bereichsleiter bei der Lebenshilfe Bildung.

Falk Terlinden (Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband Landesverband Nordrhein-Westfalen e. V.): Der nächste Beitrag ist ein gemeinsamer Beitrag der paritätischen Akademie NRW und der Lebenshilfe Nordrhein-Westfalen. Er soll Ihnen verdeutlichen, wo ein Mensch mit Behinderung auf dem Weg zur Wahrnehmung seines Rechts auf Bildung Barrieren überwinden muss. Herr Kaiser kennt unsere Arbeit. Für ihn wird es nichts Neues sein, vielleicht aber für den einen oder anderen, weil ich glaube nicht, dass allen so klar ist, wie viele Barrieren es gibt. Bei inklusiver Bildung

reden wir nicht nur über die Notwendigkeit einer Rampe oder eines Aufzuges. Aber ich will dem Film nicht zu viel vorgreifen.

(Einspielung des Films über inklusive Bildung der paritätischen Akademie und der Lebenshilfe Nordrhein-Westfalen)

Dr. David Mintert (Arbeit und Leben DGB/VHS Nordrhein-Westfalen e. V.): Bevor wir in die Diskussion einsteigen, haben wir noch ein weiteres Video zur Frage, was barrierefrei heißt. Dazu hören Sie jetzt ein kurzes Viedostatement von Vera Alice Schulze. Sie ist Bildungsreferentin bei der paritätischen Akademie.

Vera Alice Schulze (Paratätische Akademie NRW [per Video zugeschaltet]): Barrierefreie Bildung, wie kann das eigentlich gelingen? Wir, die gemeinwohlorientierte Weiterbildung in NRW haben den Anspruch, Bildung für alle Menschen zu ermöglichen. Konkret bedeutet das gut zugängliche und verständliche Informationen vorab. Das heißt zum Beispiel, Barrierefreiheit des Internetauftritts und eine verständliche Sprache.

Zugänge für alle: Das betrifft den Veranstaltungsort, aber auch den Teilnahmebeitrag. Individuelle Bedarfe müssen aufgegriffen werden. Barrieren sind extrem vielfältig und höchst individuell. Die Angebotsgestaltung muss eine gleichberechtigte Teilhabe am Bildungsangebot ermöglichen. Hier sprechen wir über Methodik und Didaktik, Materialien und auch die Kommunikation im Seminar. Übrigens ist das sowohl in Präsenz als auch online möglich.

Bildung für alle bedeutet auch für uns, gut auszuprobieren und vom Plan A auch einmal abzuweichen. Daran arbeiten wir schon seit längerem in der Paritätischen Akademie NRW. Ich weiß, dass viele andere Weiterbildungseinrichtungen das auch tun. Am Ziel sind wir aber noch lange nicht. Um das zu schaffen, brauchen wir die Unterstützung der Politik. Neben dem Diskurs auf dem Weg hin zu einer inklusiven Gesellschaft brauchen wir eine angemessene finanzielle Ausstattung aller beteiligten Akteur*innen, zum Beispiel für Umbauten, für Ausstattung und für assistive Technologie. Wir brauchen ein angemessenes unverhandelbares Bildungsbudget für Menschen mit Behinderung und einen Sondertopf für Unterstützungsbedarfe, wie zum Beispiel Gebärdendolmetscher*innen, Assistenz oder die Übersetzung von Texten in leichte Sprache.

Zu guter Letzt brauchen wir ein offenes Ohr, auch in der Politik, für die unterschiedlichen Bedarfe der Menschen. NRW braucht Bildung für alle.

Dr. David Mintert (Arbeit und Leben DGB/VHS Nordrhein-Westfalen e. V.): Soweit die Kollegin Schulze. Und jetzt wieder die Gelegenheit für alle, in die Diskussion einzusteigen.

Ines Gerke-Weipert (Arbeitskreis der Bildungsstätten und Akademien [Heimvolkshochschulen] in NRW e. V.): Wir machen auch Angebote für Menschen mit Behinderungen in der politischen Bildung. Ich kann alles nur unterstreichen, was in dem Beitrag genannt worden ist. Dazu ergänzend: Wir haben auch einen höheren Bedarf an HPMs in

den Seminaren, weil wir mit viel kleineren Gruppen arbeiten müssen. Das kommt noch dazu. Auch Gebärdendolmetscher sind im Förderbudget nicht abgebildet, sind aber sehr aufwändig und sehr teuer. Sie sind aber wichtig, weil man diese Zielgruppe an anderen Stellen nur sehr schwer integrieren kann.

Livia Daveri (Diakonisches Werk Rheinland-Westfalen-Lippe e. V.): Ich bin beim Evangelischen Bildungswerk hier in Düsseldorf. Ich bedanke mich sehr für diese Beiträge. Ich finde sie ganz toll. An der Stelle wünsche ich mir auch mehr Vernetzung, weil ich auch relativ neu bin. Ich arbeite seit eineinhalb Jahren beim Evangelischen Bildungswerk. Unter Corona zählt das aber nicht wirklich als eineinhalb Jahre. Wir haben seit ungefähr sechs Monaten zwei Kolleginnen für den Bereich Inklusion angestellt, weil uns dieses Thema besonders wichtig war. In der Familienbildung sagen wir immer: Alle sind willkommen. Aber dann musste ich bei uns feststellen, wo Familien mit Kindern mit Behinderungen oder besonderen Krankheiten sind. Die sind punktuell da, aber nicht wirklich sichtbar. Die haben wir de facto nicht wirklich erreicht.

Das Problem bei der Sache, die wunderbar läuft, ist: Im Moment tragen wir das ausschließlich mit eigenen finanziellen Mitteln. Die zwei Kolleginnen sind nur bis Dezember bei uns beschäftigt, weil wir den Aufwand darüber hinaus nicht tragen können. Deswegen appelliere ich hier: Wer Ideen oder Geld hat, nehme bitte mit uns Kontakt auf und gebe uns einen Wink, wohin wir uns wenden können, damit wir das Thema „Inklusion in der Familienbildung“ weiterverfolgen können, weil wir das sehr ernst nehmen.

Sigrid Beer (GRÜNE): Ich muss mich noch einmal melden. Ich danke für die Beiträge, aus denen eines ganz deutlich geworden ist. Beate Blüggel hat zwar das Lob entgegengenommen, aber auch gesagt, dass noch viel Luft nach oben ist. Dass das finanzielle Korsett eng ist, ist klar. Deshalb darf es jetzt nicht zu Verzögerungen bei Auszahlungen oder bei der Bearbeitung kommen, oder zu Problemen mit Durchführungsbestimmungen, von denen wir alle nicht gedacht haben, dass sie auftauchen. Ich will das noch einmal ausdrücklich sagen, weil bei all den innovativen Wegen, die jetzt gegangen werden, eine verlässliche Finanzierung notwendig ist. Diese Aufstockung haben wir gemeinsam gewollt. Das ist einfach notwendig, und deswegen müssen wir alles daransetzen, dass es keine Hürden gibt, die niemand haben will. Ich weiß, dass das schon angekommen ist, aber wir brauchen das gleiche Verfahren auch bei den Bezirksregierungen. Bei all den Wegen, die jetzt gegangen werden müssen und wo noch Luft nach oben ist, darf es vor allem bei den Herausforderungen, vor denen die Weiterbildung jetzt auch aufgrund der geopolitischen Lage steht, nicht zu finanziellen Sorgen kommen. Das wollte ich bei dieser Konferenz an diesem Ort bekräftigen.

Dr. David Mintert (Arbeit und Leben DGB/VHS Nordrhein-Westfalen e. V.): Unser drittes Beispiel kommt aus dem Bereich der politischen Bildung. Im Zuge der Impfkampagne gegen Covid hat sich gezeigt, dass die Standardwege irgendwann nicht mehr ausgereicht haben, dass bestimmte Zielgruppen für die Impfzentren nicht mehr erreichbar waren. Erst als es dezentrale Angebote gab, als die Menschen vor ihrer eigenen Haustür über Impfangebote gestolpert sind, kam Schwung in die Kampagne. Bei

aufsuchender politischer Bildung ist es das gleiche Prinzip. Angebote müssen sowohl räumlich als auch inhaltlich zu den Menschen gebracht werden. Wie das funktionieren kann, zeigt das nächste Beispiel. Einleiten dazu wird meine Kollegin Gabriela Schmitt. Sie ist Bildungsreferentin bei Arbeit und Leben.

Gabriela Schmitt (Arbeit und Leben DGB/VHS Nordrhein-Westfalen e. V.): Herzlichen Dank für die Möglichkeit, unser Beispiel hier vorstellen zu können. Im Rahmen der Demokratiewerkstatt Reframing Oberbilk, einem Kooperationsprojekt mit der Landeszentrale für politische Bildung, haben wir uns dem Mintropplatz in Düsseldorf und dessen Nutzerinnen und Nutzer zugewandt. Die Menschen an diesem Ort sind stark von Verdrängungsprozessen durch Gentrifizierung betroffen. Mit einem Set an künstlerischen Methoden und einem Workshop-Angebot haben wir uns jeden zweiten Freitagnachmittag auf den Platz begeben und dort die artikulierten Bedarfe und Wünsche der sonst Nichtbeteiligten eingeholt und gesammelt. Das Ergebnis wurde dann auf dem Platz in einer kleinen Präsentation ausgestellt.

Für uns stellt die aufsuchende politische Bildungsarbeit einen wesentlichen Schritt zu mehr Bildungsgerechtigkeit dar, und dafür experimentieren wir mit der Veränderung der genannten Teilnahmebedingungen. Wir sind froh, dass das Projekt vom Verband Soziokultur gefördert wurde. Wie sich das Projekt gestaltet hat, sehen Sie in diesem Film, zu dem ich Sie einlade, sich ihn anzusehen.

(Einspielung des Films über das Projekt am Mintropplatz in Düsseldorf der Demokratiewerkstatt Reframing Oberbilk in Kooperation mit der Landeszentrale für politische Bildung)

Dr. David Mintert (Arbeit und Leben DGB/VHS Nordrhein-Westfalen e. V.): Herr Staatssekretär Kaiser hat in seiner Rede die politische Bildung als Kit der Gesellschaft bezeichnet. Ich glaube, das ist ein sehr treffender Begriff. Zuspitzen wird das jetzt noch Frau Dr. Anke Hoffstadt, Geschäftsführerin der Landesarbeitsgemeinschaft für eine andere Weiterbildung, mit der ich diesen Themenblock vorbereitet habe.

Dr. Anke Hoffstadt (Die Landesarbeitsgemeinschaft für eine andere Weiterbildung [LAAW] e. V.): Vielen Dank. Ich möchte Sie einladen, zum Schluss zu kommen und zusammenzufassen, mit welchen gesamtgesellschaftlichen Herausforderungen wir es global und hier vor Ort zu tun haben. Demokratie ist die einzige politisch verfasste Gesellschaftsordnung, die täglich immer wieder und ein Leben lang gelernt werden muss. Diese Worte des Sozialphilosophen Oskar Negt kennen wir alle. Sie stehen in der Präambel zu Strategiepapieren zur politischen Bildung und stehen den Zielvorstellungen unserer täglichen aus guten Gründen voran. Sie sind wegweisend und sollten es sein für die politisch Bildenden in NRW und für die Menschen, an die sich die politische Weiterbildung wendet. Wir haben es gerade sehen können. Sie richtet sich an alle Menschen in aller Verschiedenheit ihrer Bildungsbiografien und Bildungsgegenwarten.

Die politische Bildung in Nordrhein-Westfalen kann besonders stark sein, weil ihre Themen global relevant sind, so zum Beispiel Armut, Teilhabe, Gentrifizierung und den

Platz selbst zu Gestalten. Sie liegen zugleich vor der Haustür. Sie kommen wahrscheinlich auf dem Weg nach Hause fast am Mintropplatz vorbei. Politische Bildung setzt auf Gestaltungskompetenzen. Auch das haben wir gerade eindrücklich gesehen. Sie stößt Entscheidungs- oder Handlungsfähigkeiten an und bezieht ausdrücklich Position für Grund- und Menschenrechte. NRW kann politische Bildung. Mit ihren Expert*innen sind wir stark aufgestellt. Die Einrichtungen leisten Enormes. Wir hoffen, dass das so bleiben kann. Die Landeszentrale für politische ist in ihrem jetzt 76. Jahr weiterhin eine starke Partnerin, und das wünschen wir uns.

Angesichts der Sozialreportdaten, der Ergebnisse der Einstellungsforschung zu antidemokratischen Haltungen oder der neuerlich wachsenden Zahl rechter rassistischer und antisemitischer Gewalt liegt es auf der Hand, in die politische Bildung und Weiterbildung zu investieren. Ebenso liegt uns allen die politische Bildung auch im Verbund mit anderen Weiterbildungsthemen am Herzen, so etwa im Bereich der Bildung für nachhaltige Entwicklung. Was könnte politischer sein? Es ist wichtig, dass Bildung für nachhaltige Entwicklung nun zum Kanon der vom Weiterbildungsgesetz unterstützten Weiterbildungsinhalte gehört.

Am 2. März 1972 veröffentlichte der Club of Rome seinen Bericht zur Lage der Menschheit, seine Studie zu den Grenzen des Wachstums. Weitere 50 Jahre können wir nicht warten. Wir haben es also eilig und sollten zugleich gewissenhaft planen – stabil ausgestattet und aufgestellt, wie Professor Schemmann in seinem allgemeineren Statement zur Bildungsgerechtigkeit, das wir am Anfang gehört haben, betont hat.

Darum möchte ich vier Punkte festhalten, die gewiss auch in anderen Bereichen der gemeinwohlorientierten Weiterbildung in Nordrhein-Westfalen gelten.

Erstens. Politische Bildung braucht bei aller Dringlichkeit vor allem agile Gelassenheit und konzentrierte Ruhe. Die politische Weiterbildung in NRW ist stark in ihren Formaten und aufeinander aufbauenden Inhalten, für die sich alle Zeit nehmen. Der jüngst veröffentlichte Datenreport Weiterbildung weist für 2020 aus, dass mehr als 20 % der Teilnehmendentage von den anerkannten Einrichtungen der politischen Weiterbildung durchgeführt worden sind. Wir brauchen diese Formate.

Zweitens. Politische Weiterbildung braucht Qualität und Entwicklungskraft. Was gestern ein Thema war, kann heute in den Hintergrund gerutscht sein. Wo ich gestern ein Seminar über digital Commons, über gemeinwirtschaftliche Güter im digitalen Zeitalter besucht habe, muss ich heute eine kluge Analyse zu digital Warfare haben oder Hass im Netz begegnen können. Meine Fragen zum Kohleausstieg oder zu den Konsequenzen von Klimakriegen brauchen täglich ein Update. Für all dies brauche ich qualifizierte Dozent*innen, die am Zahn der Zeit sind. Ihre Expertise soll und muss wertschätzend und fair honoriert werden. Sonst müssten wir nämlich auf sie verzichten.

Drittens. Politische Weiterbildung muss jeden Tag innovativ sein dürfen – in ihren Inhalten, aber auch in ihren Methoden und Zugängen. Die neuen Förderinstrumente der Entwicklungspauschale und des Innovationsfonds sind ein wichtiger Anfang. Sie müssen aber für alle Weiterbildungseinrichtungen in gleichem Maße gut ausgestattet und für alle gut erreichbar sein, auch für Kooperationsverbände.

Die Förderung von Innovationen darf nicht an Eigenmitteln scheitern. Ich glaube, daran müssen wir noch knacken.

Viertens. Politische Weiterbildung braucht Konstanz in Angeboten und Erreichbarkeit. Was als Innovations- oder Entwicklungsprojekt begonnen wurde – auch das haben wir heute ganz oft gesehen –, darf nicht vom Morgen gebremst werden, sonst fehlt die Nachhaltigkeit. Auch dieses Stichwort hatten wir heute schon gehört. Wenn politisch Bildende und Teilnehmende am Mintropplatz im eigentlichen Sinne der Teilhabe und Selbstwirksamkeit öffentliche Räume regelrecht erarbeiten und zusammenfügen – Reassembling –, dann kann das nicht an einem oder an mehreren Nachmittagen enden. Oder anders: Wenn wir mehr als projektförmig arbeiten möchten, sollten wir die Sprühkreide, die sich abwischen lässt, beiseitelegen und auf Dauer planen können.

Unser Fazit: Weiterbildung in NRW braucht – auch dieses Wort habe ich heute schon gehört, und das ist auch wichtig – Mut. Sie braucht die Möglichkeit, ihre Themen auf allen ihrer Standbeine und in jedem ihrer Fachbereiche zu entwickeln. Egal ob politische Bildung, Grundbildung, zweiter Bildungsweg, Familienbildung oder BNE, wir sollten die Weiterbildung konsequent darin unterstützen, denn auf ihren Schultern wird viel Verantwortung für das Gelingen unseres Zusammenlebens abgelegt.

Erlauben Sie mir einen persönlichen Abschluss. Für uns alle ist es keine Selbstverständlichkeit, in einer Demokratie zu leben. Heute – das möchte und muss ich ergänzen, wir haben es eingangs gehört und es schwang auch den ganzen Tag mit – ist es keine Selbstverständlichkeit, in Frieden, unversehrt an Körper und Seele, weder hungrig noch in Angst zu leben. Diese hohen Güter müssen täglich neu erarbeitet, ausgehandelt und erkämpft werden, am besten mit den besseren Argumenten und getragen von der Solidarität, niemanden zurückzulassen oder abzuschreiben. Und das betrifft alle. Demokratie geht uns alle an, und Frieden auch. Weiterbildung kann das unterstützen, wenn sie für alle erreichbar ist, wenn sie qualitativ und in der Perspektive aufgestellt ist und aufgestellt sein kann. Vielen Dank.

Dr. Gesa Reisz (Volkshochschule Oberhausen): Ich möchte gerne die Brücke zwischen Inklusion und politischer Bildung schlagen. Beide Bereiche müssen wir abdecken, aber sie haben nicht das Ziel, Entgelte zu generieren oder schicke Veranstaltungen zu sein. Im Gegenteil, ihr Ziel ist es, möglichst viele Teilnehmende zu erreichen und möglichst viel Teilhabe möglich zu machen. Daher sind wir nicht nur in der sogenannten Professionalität vor Ort, die wir schon seit Jahrzehnten wirklich gut praktizieren, sondern auch in der Professionalität am Menschen gefragt. Das ist personalintensiv, wir leben das und wir tun das. Wir erfahren auch, wie wertvoll das ist, und deswegen sind solche Filmbeispiele großartig. Ich möchte wirklich dafür werben, dass das Land dieses Vertrauen mit Gewährung der Weiterbildungsmittel in vollem Umfang auf alter Höhe wiederherstellt und die Inflation ab dem Zeitpunkt des Einfrierens der Mittel wieder ausgleicht. Dieses Vertrauen in die Menschen, die die Arbeit machen, und die Faktoren Mensch und Professionalität waren heute bei allen Beispielen am wichtigsten. Ich möchte dafür werben, dieses Vertrauen über das Gesetz hinaus wiederherzustellen. Ich glaube, der Betrag, der jetzt im Topf ist, müsste mit 1,7 vervielfältigt werden.

PStS Klaus Kaiser (MKW): Haushaltsberatungen können wir heute leider nicht führen, Frau Reisz. Für mich war es schwierig, ob ich mich nach Frau Dr. Hoffstadt noch melde oder nicht. Ich stimme Ihnen uneingeschränkt, insbesondere in den inhaltlichen Forderungen zu. Vielleicht aber noch drei oder vier Punkte als Reflektion.

Ich bin sehr dankbar für die Anregungen, die gekommen sind. Ich verstehe zum Beispiel das, was Sigrid Beer angesprochen hat, dass bei kleinen freien Trägern – bei kommunalen Trägern ist es anders – Unsicherheit entsteht. Ich bitte um ein bisschen Verständnis, denn für alle 460 Einrichtungen, die wir fördern, muss der Höchstförderbetrag individuell festgelegt werden. Das ist eine absolut verlässliche Größe für jede Einrichtung, die Grundlage für die zweiprozentige Dynamisierung in den nächsten Jahren ist. Ich bitte um Verständnis dafür, dass das im Moment etwas dauert. Frau Bollmann leitet die zuständige Gruppe im Haus. Wir hinterfragen das noch einmal. Wir wollen auf keinen Fall, dass durch das Inkrafttreten des neuen Gesetzes größere Unsicherheit ausgelöst wird, sondern wir wollen im Gegenteil, dass Verlässlichkeit und Strukturen vorhanden sind. Ich nehme das sehr ernst, weil das ein Signal ist.

Ich bitte aber auch, die Situation zu berücksichtigen. Die Mittel sind ausreichend. Das, was zugesagt ist, ist durchfinanziert, sodass keine Ängste aufkommen müssen. Natürlich weiß ich, dass gerade die kleineren Träger nicht weiß Gott, wie lange, in Vorlauf gehen können. Das nehme ich gerne auf.

Ein zweiter Aspekt, den ich gerne aufnehme: Die neuen Förderinstrumente schaffen Möglichkeiten für Vernetzungen und die Möglichkeit, etwas auszuprobieren, und das meine ich wirklich mit Mut. Die Inklusion kann man ganz gut unter den Begriff „Miteinander“ fassen. Miteinander heißt auch, gerade im kommunalen Bereich mit anderen zu kooperieren. Wir müssen uns aber auch die Inklusion anschauen.

Frau Blüggel, die Schulabschlüsse haben wir noch nicht im Fokus gehabt. Das ist aber eine gesellschaftliche Herausforderung. Ich sage zu, dass wir uns das ansehen werden. Das kann aber nicht kurzfristig geschehen, denn dieses Problem müssen wir strategisch angehen. Wir können es nicht lösen, wenn wir keine entsprechenden Vorbereitungen haben. Das muss man ernsthaft angehen, das muss man sich in Ruhe ansehen.

Zu den offenen Angeboten, die oft im Bereich der Familienbildung nachgefragt werden, weise ich darauf hin, dass wir im Bereich der kulturellen Bildung in unserer Kulturabteilung für Weiterbildung und Kultur 1 Million Euro pro Jahr zur Verfügung stellen. Diese Mittel sind für solche Angebote auch abrufbar. Darüber müssen wir noch ein bisschen genauer informieren. Wir haben in der Kulturabteilung die kulturelle Bildung neu aufgestellt. Dazu gehört der Kulturrucksack. JeKits haben wir reformiert. Wir haben auch im Kulturbereich erhebliche Aufwüchse gehabt, die teilweise zu sehr kostengünstigen Angeboten führen, die von Weiterbildungseinrichtungen genutzt werden können. Dazu müssen wir vielleicht noch Beispiele zeigen. Das ist aber auch die Idee des Innovationsfonds, für den sich die Gruppe um Lorenz Deutsch, Sigrid Beer und Gabi Hammelrath eingesetzt haben. Die Überlegung war immer, etwas auszuprobieren.

Diese Förderinstrumente haben wir eingesetzt, um etwas auszuprobieren. Schön dabei ist, dass man keine Angst vor Konkurrenz haben muss. Die Idee dabei ist, Best Practices transparent zu machen. Nicht jede Volkshochschule und nicht jede Weiter-

bildungseinrichtung kann sich eine eigene Abteilung leisten, die nur für die Akquise von Drittmitteln zuständig ist. Die VHS Aachen hat eine Drittmittelakquise für ein Projekt gemacht, das für uns auch passen würde. Das ist im weiteren Sinne auch Vernetzung, wie sie hier mehrfach angesprochen worden ist. Das ergibt neue Chancen durch das neue Gesetz. Das muss sich natürlich auch etablieren. Wir müssen ein bisschen über die Grenzen hinaussehen. Wer eine gewisse Praxiserfahrung hat, weiß, dass so etwas nicht immer nur dynamisch geht. Ich glaube, die vorhandenen Chancen ergeben erhebliche Möglichkeiten und Verlässlichkeit in der Planung.

Über die Freude, die über die politische Bildung sowohl niederschwellig als auch insgesamt herrscht, sind wir uns, glaube ich, alle einig. Ich glaube, dass Weiterbildung in Nordrhein-Westfalen über die speziellen Anbieter politischer Bildung hinaus auch immer Demokratiebildung ist. Alle Weiterbildungseinrichtungen haben den Auftrag, für Demokratiebildung etwas zu tun. Ich bin stolz darauf, dass wir gute und kompetente Weiterbildende in der politischen Bildung, also bei den Spezialanbietern für politische Bildung haben. Damit brauchen wir uns nicht zu verstecken.

Der langen Rede kurzer Sinn: Manche Vorschläge habe ich hier gehört, von denen man sagt, das wird sich ergeben. Ich habe aber auch mitbekommen, dass wir bei den Bezirkskonferenzen auf neue Möglichkeiten und Best Practices hinweisen sollen, weil es noch manche Befürchtungen gibt, die ich als unbegründet sehe. Ich persönlich freue mich sehr über die vielen Anregungen, die gegeben worden sind. Ich glaube, dass wir die Weiterbildungslandschaft in Nordrhein-Westfalen mit ihrer Spitzenstellung in Deutschland weiter ausbauen können. Ihnen allen für das, was Sie im Alltag machen, vielen Dank von dieser Stelle aus.

Vorsitzender Helmut Seifen: Vielen Dank, Herr Staatssekretär für das Schlussstatement. Ich möchte jetzt Frau Sokolowsky und Frau Rösener die Gelegenheit geben, ein Schlussstatement zu geben.

Celia Sokolowsky (Landesverband der Volkshochschulen von NRW e. V.): Wir haben jetzt viel Zeit mit den Themensessions verbracht. Der Austausch und die Debatte darüber, auch wenn sie begrenzt war, waren sehr wichtig. Wenn man rückblickend auf den Tag fragt, was die Klammer zwischen den Themen ist, mit denen wir uns heute vertieft beschäftigt haben, Digitalisierung, neue Zugänge, neue Zielgruppen, Bildungsgerechtigkeit, dann lässt es sich auf die Formel „Bildung für alle“ bringen. Das soll am Ende des Tages noch einmal dick unterstrichen werden. Bei all dem, über das wir debattiert haben, geht es um Bildung für alle. Es geht um niederschwellige Angebote, um aufsuchende Bildung, um inklusive Bildung. Wir haben darüber diskutiert, dass wir Bildung vor Ort, aber auch im Netz brauchen, also dort, wo die Menschen sind, wo wir sie finden können und wo sie uns suchen.

Ganz bestimmt geht es bei uns um die Rückgewinnung von Menschen, die sich während der Pandemie zurückgezogen haben. Und es geht um die Neugewinnung von Teilnehmenden, die wir vielleicht noch nicht haben, die wir aber über neue Formate und Zugänge erreichen wollen. Es geht um neue Themen, die eine sich verändernde Gesellschaft mit sich bringt, die aber auch aufgrund dramatischer Ereignisse – das

sind die Pandemie und der Krieg, der jetzt noch hinzukommt – auf die Tagesordnung kommen.

Bildung für alle ist ein Wert. Es geht aber auch noch um andere Werte wie Demokratie, Zusammenleben, die Stärke der vielfältigen Gesellschaft in NRW, individuelle Chancen, die Entwicklung neuer Kenntnisse und Fertigkeiten, um sich persönlich, privat und beruflich weiterzuentwickeln und neue Perspektiven zu entdecken. Insgesamt aber – das sollten wir unterstreichen – geht es um Bildungsgerechtigkeit.

Aus dem Statement von Herrn Schemmann habe ich mir notiert, dass die Basis für Bildungsgerechtigkeit eine gute Angebotsstruktur ist. Ich würde gerne hinzufügen: Basis einer guten Angebotsstruktur sind gute finanzielle und administrative Bedingungen, unter denen die Weiterbildung in NRW arbeiten kann. Diese Bedingungen gut zu gestalten und zukunftsfähig aufzustellen, ist unser gemeinsames Interesse. Ich würde mich freuen, wenn wir daran auch im weiteren Verlauf des Jahres arbeiten könnten.

Antje Rösener (Ev. Erwachsenenbildungswerk Westfalen und Lippe e. V.): Du hast es schon so gut auf den Punkt gebracht, dass mir jetzt nur noch der Dank bleibt. Ich möchte den Kolleginnen und Kollegen, die diese drei Panels ausgearbeitet haben, sich in der Weiterbildungslandschaft haben beraten lassen und mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern geredet haben, ganz herzlich danken. Das hat die Fülle der Ideen, der Experimente und der Angebote der Weiterbildungslandschaft gezeigt. Hinter Ihnen sitzen viele HPMs, Mitarbeitende in den Verwaltungen, Honorarkräfte und zum Teil auch Ehrenamtliche, die mit uns zusammen diese Weiterbildungslandschaft so wach und lebendig halten. Ganz herzlichen Dank an alle Menschen, die dafür innovativ tätig sind. Es gibt einem immer wieder Hoffnung, wenn man sieht, welche Ideen in den verschiedensten Winkeln auch unter den widrigsten Umständen, die wir in den letzten zwei Jahren durch Corona hatten, entwickelt werden.

Noch einmal herzlichen Dank an alle. Ich bin gespannt auf die nächste Weiterbildungskonferenz, die in der nächsten Legislaturperiode stattfinden wird. Dann werden neue Player am Tisch sitzen. Wir bleiben mit unseren Themen weiter in Kontakt. Jetzt von unserer Seite einen guten Heimweg und noch einen schönen Abend.

Vorsitzender Helmut Seifen: Vielen Dank, Frau Rösener. Mir bleibt dann das Schlusswort. Auch ich möchte mich bei allen bedanken, vor allem auch bei den Moderatoren, bei den Gesprächskreisen, bei der Landtagsverwaltung, beim Sitzungsdokumentarischen Dienst und bei Frau Seifert, der Ausschussassistentin.

Der heutige Tag hat gezeigt, dass die Weiterbildungseinrichtungen eine nicht nur wertvolle, sondern auch unglaublich breite Arbeit leisten. Wie ich es schon in meinem Statement am Anfang gesagt habe, leisten sie eine ganz wichtige Arbeit, um auch der Bevölkerung, den Menschen, die in den Alltag eingebunden sind, weiterhin die Möglichkeit zu geben, sich weiterzubilden, am Ball zu bleiben und ihre geistigen Interessen weiterzuverfolgen. Das ist eine ganz wertvolle Arbeit. Die Themenpalette, die hier behandelt wurde, zeigt, dass das ein weites Feld ist, das wir beackern müssen. Das ist nicht immer so einfach. Selbstverständlich sind Ihre Wünsche mehr als gerechtfertigt. Politik besteht aber auch darin, darauf hin zu wirken, dass die einzelnen Wünsche

austariert werden und das, was möglich ist, auch möglich zu machen. Leider gibt es dabei auch immer wieder Wünsche, die nicht sofort erfüllt werden können. Ihre Aufgabe ist es, uns darauf hinzuweisen, dass es noch Wünsche gibt, die offen sind. Das haben Sie heute in beeindruckender Weise gemacht. Dafür bin ich Ihnen dankbar. Als Vorsitzender des Wissenschaftsausschusses darf ich Ihnen im Namen meiner Kolleginnen und Kollegen einen ganz herzlichen Dank für Ihre Arbeit aussprechen und dafür, dass wir uns heute treffen konnten.

Das Protokoll wird jetzt nicht gleich übermorgen fertig sein. Der sitzungsdokumentarische Dienst ist im Augenblick sehr angespannt, weil es eine Reihe von Anhörungen gab, deren Protokolle noch fertiggestellt werden müssen. Ich bin nicht der Chef des sitzungsdokumentarischen Dienstes, aber es könnte sein, dass es noch eine Weile dauert, bis das Protokoll fertig ist.

Dann bleibt mir noch, Ihnen einen angenehmen Abend und eine sichere Heimfahrt zu wünschen, und dass Sie ab morgen weiterhin gute Arbeit in den Weiterbildungseinrichtungen leisten können. Ganz herzlichen Dank.

gez. Helmut Seifen
Vorsitzender

Anlage

21.04.2022/25.04.2022

10

Sitzung des Wissenschaftsausschusses

Weiterbildungskonferenz

am Mittwoch, den 9. März 2022
14 bis 18 Uhr, Plenarsaal

Tableau

teilnehmende Experten/Expertinnen	der Institutionen/Dachverbände
Renate Schmeltzer-Urban Jan Zajic Sonja Schweizer (Online)	Landesarbeitsgemeinschaft Demokratischer Bildungswerke (LDB) Düsseldorf
Volker Klaus Anna Zalac Heike Trottenberg Claudia Jardin	Deutsches Rotes Kreuz Kreisverband Duisburg e.V. Duisburg
Helga Conzen Martina Deutsch Rüdiger Paus-Burkard Andreas Hölscher Dr. Peter Scharr Wolfgang Hesse Dr. Martin Schoser	Die Landesarbeitsgemeinschaft für katholische Erwachsenen- und Familienbildung in NRW Köln
Meike Aßmus Martin Drees Sebastian Staats	Sportbildungswerk Nordrhein-Westfalen e.V. Duisburg
Oda Bakuhn (Online) Ursula Burke (Online)	Landesarbeitsgemeinschaft AWO Bezirksverband Niederrhein e.V. Essen
Bernadette Kottsieper Martina ter Jung Frauke Heitmann	Paritätische Akademie LV NRW e. V. Wuppertal
Bärbel Gebert Falk Terlinden Dr. Thorsten Eggers	Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V. Wuppertal
Antje Rösener Saida Aderras	Ev. Erwachsenenbildungswerk Westfalen und Lippe e. V. Dortmund
Dr. Dagmar Herbrecht Anna Katharina Heckmann Frauke Rohlf	Evangelisches Erwachsenenbildungswerk Nordrhein Düsseldorf

teilnehmende Experten/Expertinnen	der Institutionen/Dachverbände
Dr. David Mintert Gabriela Schmitt Barbara Kröger Anna Kaliga Anna Ziener	Arbeit und Leben NRW Düsseldorf
Dr. Anke Hoffstadt Nathalie Nehues Iris Witt Mina Tavakol Frank Wittemeier	Die Landesarbeitsgemeinschaft für eine andere Weiterbildung NRW Bielefeld
Celia Sokolowsky Filip Dedeurwaerder-Haas Arne Cremer Anna Hutnik Dr. Sophia Schmidt	Landesverband der Volkshochschulen von NRW e.V. Düsseldorf
Jörn Hößelbarth Niklaas Hofmann Christoph Zaar Elke Hülsmann	DGB-Bildungswerk NRW e.V. Düsseldorf
Sabine Marx Livia Daveri Miriam Boger	Diakonie RWL Düsseldorf
Petra van Husen Stefan Schmitz Michael Gennert (Online) Jörg Neuhaus Ines Gerke-Weipert	@ba Arbeitskreis der Bildungsstätten und Akademien (Heimvolkshochschulen) in NRW Düsseldorf
Dr. Stefan Mittelstedt (Online)	Volkshochschule Rhein-Erft Brühl
Michael Imberg	Volkshochschule Essen Essen
Nicole Gründl-Jakobs	Volkshochschule Remscheid Remscheid
Dr. Thomas Eler	Volkshochschule Mönchengladbach Mönchengladbach
Jakob Schüller (Online)	Volkshochschule Köln Köln
Dr. Gesa Reisz	Volkshochschule Oberhausen Oberhausen
Dr. Beate Blüggel	Volkshochschule Aachen Aachen

teilnehmende Experten/Expertinnen	der Institutionen/Dachverbände
Dr. Marie Batzel	Volkshochschule Neuss Neuss
Uwe Frank Bauch	Volkshochschule Marl Marl
Claudia Kukulenz	Volkshochschule Bielefeld Bielefeld
Dr. Alex Mommert (Online)	Städtetag NRW Köln
Milena Magrowski	Städte- und Gemeindebund NRW Düsseldorf